

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat»

AZB 5332 Rekingen Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.– Erscheint monatlich Nr. 11 November 2001 36. Jahrgang

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Swissair- Debakel – die Lehre



Dr. med.
Jean-Jacques
Hegg,
a. Nationalrat,
Dübendorf

Es ist hier nicht der Ort, eine Chronologie der Ereignisse aufzulisten, die zum Untergang unserer einst so stolzen nationalen Fluggesellschaft Swissair geführt haben. Es ist ein Trauerspiel, in welchem nicht nur die privaten Führungskräfte, sondern auch der Bundesrat eine sehr schwache Rolle gespielt haben. Wichtig wären aber die Lehren, die aus diesem Debakel zu ziehen sind.

Kritikloser Wachstumsglaube

Der Swissair-Niedergang ist im Kleinen geradezu beispielhaft für die Schädlichkeit einer in den letzten Jahrzehnten von einem überwiegenden Teil der Politik und Wirtschaft im Grossen angewendeten Überlebensstrategie, welche NA und Schweizer Demokraten seit jeher kritisiert haben: «Wachstum» ist gut, noch mehr «Wachstum» besser, wenig oder gar kein «Wachstum» schlecht. Die so genannte «Hunter-Strategie», welche die Swissair in den letzten Jahren angewendet hat, und die ihr offenbar auch von sämtlichen Wirtschaftsberatungsfirmen, die sie beigezogen hat, empfohlen wurde, ist der klassische Fall dieses naiven Glaubens an einen uneingeschränkten Segen von Expansion, unter welchen Bedingungen auch immer. Anders kann man sich das Zusammenkaufen von Beteiligungen an maroden Fluggesellschaften aus halb Europa, wie es die Swissair-Führung betrieben hat, nicht erklären. Aber ein kleines Land wie die Schweiz – klein vor allem auch im Sinne ihres engen, bereits überfüllten Territoriums, nicht im Sinne der Bevölkerung, die bekanntlich durch Einwanderung auch vergrössert werden kann! –

darf sich ein andauerndes Wachstum schlicht nicht leisten. Ewiges Wachstum in einem begrenzten Raum ist schon rein physikalisch unmöglich. Und auch die Swissair vermochte ihre Aufblähung nur durch den Beizug von immer mehr ausländischen Arbeitskräften zu alimentieren, auch bei den Piloten! Die Probleme mit dem Lärmschutz für die Bevölkerung sind letztlich ebenfalls ausschliesslich das Ergebnis dieses Wachstums in einem zu engen Raum! Der Flughafen Kloten, auch er im Wachstumsrausch und ständig fieberhaft weiter ausgebaut, liegt einfach zu nahe an Bevölkerungsverdichtungs-zonen, und Ausweichmöglichkeiten gibt es wegen der territorialen Beschränktheit des Landes keine! Beim Verzicht auf Wachstum geht es im Übrigen nicht um Erstarrung, sondern um Stabilität im Sinne eines dynamischen Gleichgewichts. Dann kommt man auch nicht auf eine Achterbahn, zuerst die Bergfahrt, dann Talfahrt und Absturz!

Scham wegen nationalen Emotionen?

Selbstverständlich wurden noch weitere Fehler gemacht. Was soll der Name «S-Air Group»? Müssen wir uns schämen, schweizerisch zu sein? Er gehört ins gleiche gute alte Zürich. Stossend ist auch das verächtliche Gerede über eine «Nationalflaggenideologie» (EU-Kommissarin Loyola de Palacio), die angeblich überholt sei, über die «Romantik», das Schweizerkreuz in alle Welt spazieren führen zu wollen, und dass die Anhänglichkeit an ein nationales Symbol etwas Schlechtes sein soll. Die menschliche Psyche besteht nun einmal nicht nur aus Intellekt, sie umfasst immer auch Emotionen. Und haben unsere «Manager» noch nicht mitgekriegt, dass Emotionen eine wichtige Grundlage für Motivation, Einsatz und Wille zur Leistung am Arbeitsplatz sind? Ohne die überhebliche Selbstverliebtheit der verantwortlichen Führungskräfte wäre es auch nicht möglich geworden, dass die Swissair dermassen tief ins Schlamassel

Ruhepause für Multi-Kulti-Prediger

Seit dem Ausbruch des derzeitigen Konfliktes zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ist es auffallend still um die Befürworter einer multikulturellen Gesellschaft geworden. Abgesehen von den fanatischen Unterstützern der Illegalen («sans-papiers») und von einigen unverbesserlichen rot-grünen Multikulti-Kämpfern ist kaum mehr etwas über die Vorzüge der Multikultur zu vernehmen. Ahnen oder befürchten diese bisher so selbstherrlich mit der Faschismuskeule herumschlagenden Propagandisten von «Multikultur» etwa, was auch auf die Schweiz zukommen kann? Machen ihnen die Ausgans fanatischer Jugendlicher aus Vorder- und Zentralasien Angst?

Immerhin leben über 200'000 Moslems offiziell in der Schweiz, dazu 34'000 «Kriegsflüchtlinge» aus Bosnien und aus dem Kosovo, die definitiv nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren wollen. Die Illegalen können gar nicht gezählt werden. Auch wenn die Mehrheit der in der Schweiz lebenden Moslems, vor allem jene, die Familien haben, an einem ruhigen Leben interessiert sind, so genügen schon einige hundert oder tausend Fanatiker, um die öffentliche Ordnung im Lande zu stören. Auch Meldungen, wie diese, dass auch hierzulande «Schläfer» radikaler Organisationen auf Abruf bereit stünden, machen Angst. Es ist überflüssig darauf hinzuweisen, dass die SD schon immer vor solchen «Segnungen» der multikulturellen Gesellschaft gewarnt haben.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Chefredaktor

hineingeritten worden wäre. Was ist mit der Sesselleberin Vreni Spörry? Ist sie nach dem angerichteten Schaden als Vertreterin des Kantons Zürich im Ständerat noch tragbar? Auch sie war von jeher eine sture Gegnerin jeglicher Einwanderungsbeschränkungen, also eines Verzichts auf Wachstum. Vermutlich ist es richtig, dass nun versucht wird, eine neue nationale Fluggesellschaft zu gründen, auch wenn es keine Erfolgsgarantie gibt. Wirtschaftsliberalistischen Puristen, die sich am Umstand stossen, dass sich die öffentliche Hand an der Gründung beteiligt, sei die Frage gestellt, ob sie denn wirklich der Ansicht sind, Staatsmacht und Politik hätten die Hände in den Schoss zu legen, wenn die private Wirtschaft Tausende von Arbeitslosen produziert, damit ein grosses Humankapital vernichtet und Infrastrukturen zu Investitionsruinen verkommen lässt. Auch das würde der Öffentlichkeit Kosten aufbür-

den! Der 38%-Anteil der öffentlichen Hand ist ja noch ziemlich ent-

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Leben und Umwelt
- 5 JSD-Standpunkt
- 6 Nichttödliche Waffen – Gefahren für die ganze Schöpfung
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 10 UNO – Verbrecher und Heuchler
- 11 Wenig bringt diese UNO
- 12 Der Leser hat das Wort

Swissair-Debakel – die Lehre

Fortsetzung von Seite 1

fernt von einer 51%igen Beteiligung. Und insgesamt hat die öffentliche Hand, Bund und Kantone, mehr Geldmittel zum Überleben einer nationalen Fluggesellschaft investiert als die private Wirtschaft! Geld der Steuerzahler à fonds perdu in die Wirtschaft, aber kein Mitspracherecht, ist dies das Ideal solcher Extremisten? Dass die kritiklose Privatisierungseuphorie, die wir erleben, endlich ein wenig zurückgebunden wurde, ist nur gut. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen sind doch nicht des Teufels und können durchaus auch erfolgreich sein!

Schliesslich ist noch ein Letztes zu berücksichtigen: der Flugverkehr ist eine Art öffentliches Verkehrsmittel, und die rentieren kaum irgendwo, siehe SBB oder städtische öffentliche Verkehrsbetriebe. Dies sei einmal unabhängig vom Befund

festgehalten, dass Flugtickets allgemein eindeutig zu billig verkauft werden. Zwar sollte der Kurzstreckenverkehr aus ökologischen Gründen vermehrt auf die Bahn umgelegt werden, doch ein gewisser Übersee-Langstreckenverkehr mit Flugzeugen ist unersetzlich, es sei den, wir wollten zu den Ozeandampfern zurückkehren! Es ist also sogar noch wichtiger, das bisherige Langstreckennetz der Swissair irgendwie aufrechtzuerhalten, als die bisherige Dienstleistung der Crossair.

Die nun unter Zwang erfolgte Redimensionierung der Schweizer Zivilluftfahrt ist an sich kein Unglück, ebenfalls schon aus Umweltschutzüberlegungen, sondern eine Chance, es inskünftig besser zu machen. Die Zahl der reinen Umsteigepassagiere war in Kloten zu hoch. Lasst uns hoffen, dass die Chance gepackt wird und auf künstliche Aufblasereien inskünftig verzichtet wird!

Eindrücke von der Frankfurter Buchmesse

Auf Einladung des Verlegers meines neuen Buches «Biopolitik» habe ich als so genannter Fachbesucher an der diesjährigen Frankfurter Buchmesse teilgenommen. Der Besuch hat einprägsame Eindrücke hinterlassen.

Der erste und wichtigste ist derjenige eines unheimlichen Gigantismus. Er beginnt schon bei der Zufahrt zu den Parkhäusern und Parkplätzen. Ein unübersichtliches Gewirr von Zufahrtsstrassen, teilweise an Wohnhäuserzeilen vorbei, und wenn man nicht konzentriert auf die Wegweisertafeln schaut, kann es geschehen, dass man unmittelbar neben einem Rieserparkhaus vor einem Signal Sackgasse oder einer Absperrung landet, ohne den Weg ins Parkhaus zu finden. Der Personentransport zwischen Parkhäusern und Messehallen ist zwar mittels Kleinbussen bestens organisiert, aber gleichwohl ist es leicht möglich, dass man von der Parklücke, die man gefunden hat, bis zur Bushaltestelle noch einen mittleren Fussmarsch zurücklegen muss.

Die Hallen selbst sind ineinander verschachtelt und kaum systematisch nummeriert, so dass eine rasche Orientierung schwer fällt. Zudem wird an den Gebäuden auf dem weiträumigen Messegelände fieberhaft weiter gebaut. Wie gross soll das Ganze noch werden? Die Orientierung ist auch dadurch erschwert, dass die Messe nicht wirklich nach Sachgebieten eingeteilt ist, auch wenn die Beschriftungen zu diesem Irrtum verleiten könnten. Es ist auch gar nicht möglich, weil die meisten Verlage ein vielfältiges Sortiment anbieten, das vom Sachbuch über Bildbände bis zur schönen Literatur reicht.

Kurz nach dem Eintritt gibt es die erste Gelegenheit, sich als Schweizer zu ärgern. Da ist ein Restaurant «Switzerland» angeschrieben. Was soll das Englisch mitten im deutschen Sprachgebiet? Es ist aber wirklich nur englisch angeschrieben, etwa 30 Mal, grösser und kleiner. Dafür wurden als Hauptspeise Nürnberger Rostbratwürstl aufgetischt. Das aber ist wieder ein anderes Thema.

Gigantismus auch im Angebot der Bücher, Zeitschriften und elektronischen Informationsmedien. Ist es wirklich sinnvoll zu versuchen, an einer einzigen Messe die Literatur aus der ganzen Welt auszustellen? Wäre es nicht besser, sich auf die deutschsprachige Literatur zu beschränken, zumal ein Teil dieser als «politisch nicht korrekt» von Frankfurt ausgegrenzt wird? An der Mimik vieler Besucher lässt sich jedenfalls ablesen, dass sie von der Informationslawine total überfor-

dert sind. Zum Gedruckten kommen nämlich noch CD-Rom, Videos, Radio- und Fernsehanstalten, die sich und ihre Sendungen vorstellen!

Von der Thematik her beherrschten der Islam und der Huntington'sche «Zusammenprall der Kulturen» die Szene. Ein Teil dieser Bücher war zwar von langer Hand vorbereitet, wegen des Terrorangriffs auf New York und Washington jedoch kurzfristig in aller Eile umgeschrieben worden. Sind solche Erzeugnisse überhaupt seriös? Daneben waren auch Sachbücher mit eher skurrilem Inhalt gegenwärtig: war Adolf Hitler schwul, oder war der Nobelpreisträger Konrad Lorenz ein «alter Nazi»?

Nachdem Friedrich Nietzsche wegen einer behaupteten Nähe zum Nationalsozialismus eine gewisse Zeit lang nicht mehr so aktuell gewesen war, scheint eine neue Nietzsche-Welle anzurollen, auch beim Basler Verlag Schwabe. Der Schweizer Pavillon präsentierte sich übrigens recht gut, mit Schweizerkreuz und brav angeschrieben in Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. Aber ist Frankfurt wirklich der Ort, wo Lesungen in Schweizer Mundart am Platz sind?

Jean-Jacques Hegg,
a. Nationalrat, Dübendorf

BUCHBESPRECHUNG

Das Weisse Buch

«Die älteste Chronik, die das Werden der Eidgenossenschaft erzählt».

Im Jahre 1856 wurde im Staatsarchiv Sarnen in einem Obwaldner Kanzleibuch aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts eine Chronik der eidgenössischen Bünde entdeckt. Es soll sich hier um die älteste schriftliche Überlieferung der schweizerischen Befreiungsgeschichte handeln.

Dieses Buch sollte für jeden Schweizer Pflichtlektüre sein. Es beweist, dass die Geschichte der Tell, Stauffacher, Fürst, Melchthal, vom Rütli Schwur, den Vögten, der Erstürmung ihrer Burgen usw. bereits im 15. Jahrhundert archivarisch festgehalten worden ist. Sie ist also nicht einfach eine Erfindung von Friedrich Schiller in seinem Drama «Wilhelm Tell», wie dies heutzutage von unseren berühmtesten Schweizerhassern immer wieder behauptet wird. Schiller hat lediglich Tatsachen, die zu seiner Zeit schon bekannt waren, dichterrisch modifiziert.

Die in dieser Chronik beschriebene Geschichte des Ursprungs der Waldstätte und der weiteren Entwicklung der alten Eidgenossenschaft beruht natürlich auch zum Teil auf mündlicher Überlieferung. Deshalb ist es durchaus möglich, dass bereits hier Wirklichkeit und Sage vermischt wurden. Aber die Wahrscheinlichkeit ist doch gross, dass vieles, was in Schillers Wilhelm Tell beschrieben wird, eben doch stattgefunden hat und nicht nur der Phantasie des Dichters ent-

sprungen war. Die Chronik erzählt in einem ersten Teil zuerst ausführlich die Entstehung des Dreiländerbundes und dann kurz die Erweiterung zur achtörtigen Eidgenossenschaft. Der zweite Teil der Chronik berichtet über die Ereignisse im 15. Jahrhundert, insbesondere über die Kriegszüge der Appenzeller, die sie bis ins österreichische Landeck führten, sowie die Feldzüge der Eidgenossen ins Eschental und ins Tessin, wobei sich hier vor allem die Urner und Unterwaldner hervortaten.

Das Weisse Buch, Albert Züst-Verlag, Zürich, 76 Seiten, davon ca. 55 Seiten eigentlicher Text, dazu 12 Seiten Anmerkungen und ein Nachwort von Karl Meyer, Geschichtswissenschaftler an ETH und Uni Zürich. Ausserdem ist die erste Seite der Chronik des Weissen Buches in einer Faksimile-Abbildung gedruckt. Das Buch enthält jeweils auf der linken Buchseite den Originaltext aus dem 15. Jahrhundert (der für die heutige Zeit fast unverständlich ist) und auf der rechten Buchseite die jeweilige Übertragung in «lesbares» Deutsch, aber immer noch im alten Stil. Dieses Buch aus dem Jahre 1939 ist leider vergriffen, da es den Züst-Verlag nicht mehr gibt. Ich könnte aber für Interessenten Photokopien meines Exemplars erstellen (ca. 40 A4-Seiten; Kosten inkl. Versandkosten Fr. 15.–).

Bestellungen bei Dragan Najman, Kehlstrasse 49, 5400 Baden, Telefon/Fax-Nummer 056 - 222 68 72).

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 - 988 50 88
Telefax 071 - 988 67 61



Ist die Massenschiesserei berechtigt?

(jhd.) Der Presse konnte man entnehmen, dass in der Jagdsaison 2000 die Schweizer Jäger 1365 Steinböcke abgeschossen hätten. Ist eine solche Massenerschiessung berechtigt? Vergessen wir nicht, der Steinbock, Wappentier der Kantone Schaffhausen und Graubünden, war in der Schweiz schon einmal völlig ausgerottet. Es ist auch klar, dass in einem Lebensraum wie die Schweiz, wo es keine Raubtiere mehr wie Bär oder Wolf gibt – der Luchs ist vorläufig noch sehr selten –, eine bestimmte Zahl von so genannten Hegeabschüssen durch die Jäger nötig sind, damit Wildpopulationen nicht dermassen anwachsen, dass sie für die Flora schädlich werden. Aber 1365 Abschüsse eines Tieres, das schon einmal ausgerottet war? War das Mass richtig?



Petition für gute Pferdehaltung

Vielerorts vegetieren Pferde vor sich hin: angebunden in engen, dunklen, schmutzigen Ställen. Ein Skandal? Doch es geht auch anders, wie Jakob Frei in Knonau beweist. Die neuen Richtlinien des Bundesamtes für Veterinärwesen zeigen, wie Pferde tierfreundlich gehalten werden. Auch die neue Beratungsstelle für Pferdehaltung am eidg. Gestüt in Avenches gibt solche Impulse. Gute Haltung muss aber Pflicht sein, nicht nur Ehrensache. Deshalb drängen wir auf eine klare Regelung in der Tierschutzverordnung.

Angebunden im Dreck

Bei Recherchen im Jura – der Wiege der Freiburgerzucht – traf der Journalist Matthias Brunner Schlimmes an: Bis zu 100 Pferde, angebunden in engen, dunklen

Ställen. Drecklöcher, die selten ausgemistet werden. Pferde, welche die Sonne im Winter kaum sehen. Und konservative Freiburger-Züchter stilisieren die Pferde-Anbindehaltung des Jura hoch – unverständlich.

Es geht auch anders

Freiberger Pferde können auch tierfreundlich gehalten werden. Das beweist Jakob Frei aus Knonau ZH. Er hält schon seit Jahren Pferde in der Gruppe. Mit wenigen Ausnahmen konnte er jedes Pferd in die Gruppe einfügen. Sein Rezept: Viel Verständnis für das Wesen der Pferde, Weide-Integration, Einzelfressstände, strukturierter Auslauf, Möglichkeit zum Abtrennen. Damit hat er Erfolg, auch bei den häufig wechselnden Pensionspferden.

Sorgen auch Sie für bessere Pferdehaltung. Unterschreiben Sie mit Ihren Bekannten die Petition zur Abschaffung der Pferde-Anbindehaltung. Danke.

Die Unterzeichneten fordern hiermit ein Verbot der Stand- oder Anbindehaltung.

Name, Vorname: _____ Strasse, Nr.: _____ PLZ, Ort: _____ Unterschrift: _____

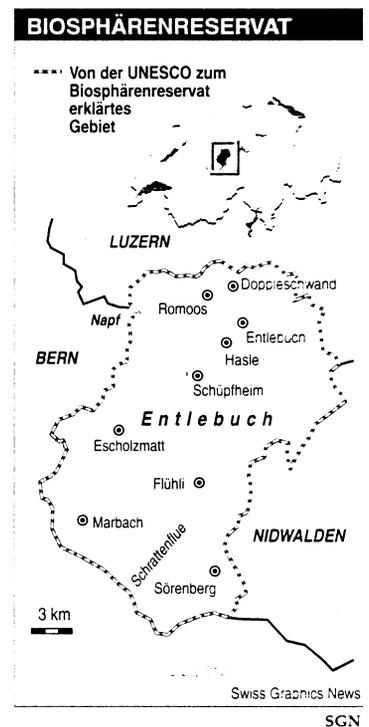
Einsenden bis 31. Dezember 2001 an: **kagfreiland**, Engelgasse 12a, 9001 St. Gallen

Entlebuch Biosphärenreservat

(sda) Das Entlebuch ist von der UNESCO zum ersten Schweizer Biosphärenreservat erklärt worden. Die Luzerner Randregion erhofft sich von dieser Auszeichnung wichtige Impulse als Natur-, Kultur- und Wirtschaftslandschaft. Biosphärenreservate sind weiträumige Kulturlandschaften von nationaler Bedeutung. Seit 1974 hat die UNESCO über 400 Reservate in rund 90 Ländern eingerichtet. Dabei gibt es pro Lebensraumtypus immer nur ein Reservat. Biosphärenreservate unterscheiden sich klar von herkömmlichen Schutzgebieten. Es sollen nicht nur wertvolle Naturbestände geschützt, sondern diese auch nachhaltig genutzt werden. Der wirtschaftende Mensch wird somit integriert.

Das 395 km² grosse Entlebuch kann tatsächlich mit einer Vielzahl von Naturschätzen aufwarten. 121 km² sind im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung enthalten. Fast ein Drittel der Region ist als Moorlandschaft geschützt. Die Moore und das Karstgebiet der Schratzenfluh werden den unter Naturschutz stehenden Kern des Biosphärenreservats bilden. Dieser wird von einer ökologisch bewirtschafteten Pufferzone umgeben. In einem dritten Gebiet soll sich die Wirtschaft nachhaltig entwickeln können.

Die Initianten des Biosphärenreservats erhoffen sich von der UNESCO-Anerkennung wirtschaftliche Impulse. Die Randregion werde zur Modellregion, erklärte der Sprecher des Regionalmanagements, Theo Schneider, nach dem UNESCO-Entscheid. Damit das Entlebuch Biosphärenreservat



werden konnte, mussten die Initianten zunächst die Bevölkerung von den Vorteilen überzeugen. Vor allem der Moorschutz hatte in der bäuerlichen Bevölkerung zu heftigen Kontroversen geführt. Schliesslich setzte sich aber die Erkenntnis durch, dass das Entlebuch sich auf seine eigenen Stärken konzentrieren müsse, und dass eine nachhaltige Regionalentwicklung der Randregion Vorteile bringen kann. Im Spätsommer 2000 sprachen sich die Gemeindeversammlungen von Entlebuch, Schüpheim, Flüfli, Escholzmatt, Marbach, Hasle, Doppleschwand und Romoos für das UNESCO-Projekt aus.

Der allergrösste Skandal!

Kürzlich musste ich eine längere Fahrt auf der Autobahn unternehmen. Wieder einmal wurde ich dabei mit dem grössten Skandal, den wir zivilisierten Europäer leisten, konfrontiert: dem Massentransport von lebendem Schlachtvieh über Tausende von Kilometern und während Tagen und Nächten mit Lastwagen auf den Strassen! Es ist schlimm, wenn Bauern ihre Nutztiere – früher sprach man von Haustieren! – in engen dunklen Ställen und Boxen im eigenen Dreck stehend halten, ohne dass die Tiere je das Tageslicht erblicken. Es ist schlimm, wenn Gänseleberproduzenten ihre Gänse mästen, indem sie ihnen eine übergrosse Menge Nahrung mit Motorenkraft in die Speiseröhre hinein pressen. Es ist schlimm, wenn Walfänger ihre Beute erlegen, indem sie wiederholt mit alten Flinten in den Leib ihrer mittels Harpunen fest-

gehaltenen Opfer hinein schiessen, bis sie nach Tagen und Nächten endlich verblutet sind. Es ist schlimm, wenn an ein Leben in freier Wildbahn gewohnte Pelztierchen in engen Käfigen aufgezogen werden, nur um Pelzmäntel billiger verkaufen zu können. Es ist schlimm, wenn archaische Schlachtmethoden wie das Schächten aus irrationalen Motiven immer noch angewendet werden. Es ist schlimm, wenn Jungrobben massenhaft mit Keulenschlägen getötet werden. Es ist schlimm, wenn Trapper Fallen stellen, in welche sich Wildtiere verfangen, indem ihre Pfoten eingeklemmt werden, so dass sie, tagelang schmerzvoll festgehalten, elendig durch Verbluten, Verdursten und Verhungern verenden. Es ist schlimm, wenn Fröschen die Hin-

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

terbeine ausgerissen und sie ohne Hinterbeine wieder ins Wasser geworfen werden. Es ist schlimm, wenn männliche Ferkel ohne Betäubung kastriert werden, indem man ihnen mit einer Zange den Hodensack abklemmt. Auch gewisse Tierexperimente in der Medizin und Wissenschaft sind schlimm. Das alles ist schlimm. Aber der allergrösste Skandal liegt doch im

Transport von Schlachttieren über Tausende von Kilometern bis in den mittleren Orient und über mehrere Tage in engstem Raum, fast übereinandergeschichtet und ohne Nahrung und insbesondere Tränke, die Transporter oft im Stau der Zollstationen oder der Verkehrszusammenbrüche stehend, oft auch in der prallen Sonne! Und alles nur, damit der Fleischpreis einige Rappen billiger ist!

Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat

Aufhebung des Schächtverbots?

(sda) Die Tierschützer sind gegen eine Lockerung des Schächtverbots, wie sie der Bundesrat im neuen Tierschutzgesetz vorsieht. Der Schweizer Tierschutz (STS) landen deshalb die «Volksinitiative für einen zeitgemässen Tierschutz». Der Bundesrat habe auf materielle Verbesserungen zugunsten der Tiere verzichtet, begründet der STS in einer Mitteilung die Lancierung der Initiative. Insbesondere die geplante Lockerung des Schächtverbots hält der STS für inakzeptabel.

Auch der Verein gegen Tierfabriken Schweiz (VgT) von Erwin Kessler geht in die Offensive. Er kündigte an, das Referendum zu ergreifen,

falls das Parlament die Gesetzesrevision gutheissen sollte. Der Bundesrat will religiösen Gemeinschaften ermöglichen, auch in der Schweiz rituelle Schlachtungen durchzuführen. Das Schächtverbot beschränke die Religionsfreiheit zu stark, argumentierte der Bundesrat, als er das Gesetz am Freitag in die Vernehmlassung gab. Juden und Muslime dürften laut dem neuen Tierschutzgesetz auf Grund einer Ausnahmeregelung Tiere entsprechend ihren rituellen Vorschriften schlachten. «Koscher»- und «Halal»-Fleisch muss von Tieren stammen, die ohne Betäubung ausgeblutet wurden. Juden und Muslimen ist der Verzehr anders geschlachteten Fleisches verboten.

Neue Schamlosigkeit?

«Haut-Couture» titelte die Sonntagszeitung am 9. Juli einen Artikel auf ihrer Trend-Seite. «Auf dem Laufsteg wird wieder Haut gezeigt – vor allem solche von Schlangen, Krokodilen und Pelztieren» lautete die Unterzeile, und die Autorenzeile: «Annelies Friedli über die neue Schamlosigkeit».

Was die Journalistin beschrieb, ist nicht ein zufällig, spontan entstandener Trend. Die neue Schamlosigkeit ist das Nebenprodukt einer minutiös vorbereiteten und mit

sehr, sehr viel Geld finanzierten internationalen PR-Offensive mit dem Ziel, das Tragen von Pelzen aus tierquälerischer Käfighaltung salonfähig zu machen.

Diesem «Trend» wollen und müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen. Und wir wissen, dass alle Menschen, denen Tierleid nicht egal ist, unsere Aktion unterstützen werden. Unsere Aufklärungsarbeit von bald zwanzig Jahren soll nicht umsonst gewesen sein.

Schweizer Tierschutz

Tierschutz an Zürcher Hochschulen

Die Leitungen der beiden Zürcher Hochschulen, Universität und ETH, legen grossen Wert auf einen verantwortungsvollen und massvollen Einsatz wissenschaftlicher Tierversuche. Als Grundlagen dienen das Eidgenössische Tierschutzgesetz mit der entsprechenden Verordnung, das Kantonale Tierschutzgesetz mit Verordnung, sowie die «Ethischen Grundsätze und Richtlinien für wissenschaftliche Tierversuche» (EGR) der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) und der Schweizerischen Akademie der Naturwissenschaften (SANW). Die Zürcher Hochschulen verpflichten

ihre Wissenschaftler/Innen zu strikter Einhaltung dieser Gesetze, ethischen Grundsätze und Richtlinien. Zu diesem Zweck setzen sie die Arbeitsgruppe für Tierschutzfragen ein, welche aus Vertreterinnen und Vertretern von einzelnen Fakultäten bzw. Abteilungen, an denen Tierversuche durchgeführt werden, zusammengesetzt ist.

Gemäss Punkt 4.6 der «Ethischen Grundsätze und Richtlinien für wissenschaftliche Tierversuche» (EGR, 1995) der SAMW und der SANW soll auf Eingriffe an Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken dann verzichtet werden, wenn sie dem Tier schweres Leiden zufügen.

Als schweres Leiden gilt ein Zustand, welcher ohne lindernde Massnahmen als unerträglich zu bezeichnen ist.

Als Tiere gelten nach Artikel 58

der Tierschutzverordnung (TSchV) Vertebrata, Decapoda und Cephalopoda. Wirbeltiere, Kopffüsser (Tintenfische) und gewisse Krebse (Dekapoda).

Armee und Umweltschutz

Das Projekt «Natur, Landschaft und Armee» des VBS wird schweizweit umgesetzt. Wie der Einbezug des Naturschutzes auf Militärflugplätzen sichergestellt werden kann, zeigt das Beispiel von Interlaken. Rund 15 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Platzes sollen ökologisch aufgewertet werden.

Als einer der grössten Landeigentümer der Schweiz hat das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport eine besondere Verantwortung im Umweltbereich. Bereits 1996 hat man sich in einem Umweltleitbild unter anderem für einen schonungsvollen Umgang mit Natur- und Landschaft ausgesprochen. Die bereits auf bundesrechtlicher Basis geforderte Rücksichtspflicht bei militärischen Tätigkeiten für die Interessen von Natur- und Landschaftsschutz sollen vollumfänglich wahrgenommen werden. Zusätzlich will sich das VBS aktiv für mehr Natur auf den von ihm verwalteten Arealen einsetzen. Dabei werden grundsätzlich die militärischen Tätigkeiten mit den Anliegen des Natur- und Landschaftsschutzes, unter Berücksichtigung von Drittnutzungen, aufeinander abgestimmt. Um die militärischen Tätigkeiten und die Ansprüche des Natur- und Landschaftsschutzes koordinieren zu können, müssen die zu schützenden Lebensräume der VBS-Areale erst einmal dokumentiert sein. In einer ersten Phase wurde deshalb

durch das Generalsekretariat VBS eine Wegleitung zur Abklärung und Durchführung entsprechender Massnahmen erstellt. Mit ihr sollen alle natur- und landschaftsschutzsensiblen, militärisch genutzten Areale auf ihre Bedeutung untersucht und festgelegt werden. Bei Interessenüberlagerungen werden die Erfordernisse des Natur- und Landschaftsschutzes angemessen berücksichtigt oder Kompensationsmassnahmen ergriffen.

Hecke für Neuntöter

Für die auf dem Militärflugplatz Interlaken aktuell vorhandenen Naturobjekte sind bereits Massnahmen beschlossen worden. Sie sollen nicht nur im momentanen Zustand erhalten, sondern darüber hinaus aufgewertet werden. Eine spezielle Situation hat der Neuntöter heraufbeschoren, ein in der Region Interlaken relativ selten gewordener Vogel. Ausgerechnet auf dem Militärflugplatz nistet ein Paar dieser niedlichen Singvögel. Im Rahmen des NLA-Programms wird nun eine Hecke erweitert, welche den Fortbestand des Neuntötters sichern soll.

Die ökologischen Aufwertungen in Interlaken bedingen mittelfristig unter anderem eine Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung auf ca. 15 % der Nutzfläche und konzentrieren sich im wesentlichen auf die Randbereiche des weitläufigen Flugplatzareals.

Aus: Luftwaffenzeitung

Genmais-Pollen töten Schmetterlingslarven

Der Streit über die mögliche Bedrohung von Insekten durch Gift in gentechnisch veränderten Maispflanzen ist neu entfacht: Laut einer Studie von Forschern der staatlichen Universität von Iowa in Ames, USA, stellt das Gift des *Bacillus thuringiensis* (Bt), das in Pollen von Gentech-Mais enthalten ist, auch unter natürlichen Bedingungen eine Gefahr für die Schmetterlingsart der Monarchfalter dar. Vor über einem Jahr hatten Forscher der amerikanischen Cornell University bereits in Labortests gezeigt, dass die Larven der Monarchfalter nach dem Verzehr von Bt-Maispollen sterben. Kritiker meinten, die tödliche Wirkung beruhe lediglich auf einer Überdosierung der Bt-Pollen, die in der Na-

tur so nicht zu erwarten sei. Um diese These zu überprüfen, stellten die Wissenschaftler aus Iowa Gänseblättern in Töpfen drei Tage lang in unterschiedlicher Entfernung von blühenden Maisfeldern auf, um einen natürlichen Belag von Maispollen auf den Blättern zu erreichen («Oecologia», Online-Meldung). Anschliessend setzten sie im Labor Larven der Monarchfalter auf die mit Pollen bestäubten Gänseblättern. Nach 48 Stunden waren bereits rund 20 Prozent aller Larven gestorben, die von den Distelblättern gefressen hatten, auf denen Bt-Maispollen lagen. Drei Tage später waren es bis zu 70 Prozent. Auf Dispelpflanzen ohne Pollenbelag starben hingegen keine Larven. *lha*

JSD  -Standpunkt

Antifa-Terror gegen JSD

Vermummte Linksradikale stürmen JSD-Veranstaltung in Bern

Am Freitag, 26. Oktober 2001, gegen 20.30 Uhr stürmten rund 25 vermummte und mit Baseballschlägern bewaffnete militante Linksextremisten des sogenannten «schwarzen Blocks» die offizielle, öffentliche Informationsveranstaltung der Jungen Schweizer Demokraten (JSD) des Kantons Bern im Restaurant «Galaxy» in Bern. Nur die Geistesgegenwart einiger Versammlungsteilnehmer, welche die Eindringlinge zur Tür zurückdrängen und schliesslich aussperren konnten, sowie das rasche Eingreifen der Stadtpolizei verhinderten eine regelrechte Saalschlacht. Beim Restaurant Galaxy wurden Scheiben eingeschlagen, zahlreiche Gläser gingen in Brüche und die militanten Chaoten zerstörten ei-

nen Hellraumprojektor. Gastreferent SD-Nationalrat Bernhard Hess, der zum Thema «40 Jahre SD/NA – eine Erfolgsgeschichte» sprechen sollte, und die 22 Versammlungsteilnehmer konnten gegen 22 Uhr nur unter Polizeischutz das Lokal verlassen. Die Schweizer Demokraten (SD) verurteilen diese gewalttätige, faschistoide Aktion der angeblichen Antifaschisten. Die Aktion «Antifa Kommando Galaxy» war die schlimmste Aktion politischer Gegner gegen die SD/JSD in den letzten Jahren.

Schweizer Demokraten (SD) und Junge Schweizer Demokraten (JSD), Peter Bühler, Stadtrat und Tai Moser, JSD-Kantonalpräsident



Nach dem Antifa-Überfall auf die JSD:

SD fordern Sistierung der Reitschulsanierung

bis die Gewaltfrage des Reitschulumfeldes geklärt ist

Die Schweizer Demokraten (SD) stellen mit Besorgnis fest, dass beinahe sämtliche gewalttätigen Aktionen wie die Anti-WEF-Kundgebung, die beiden Antirassismus-Demonstrationen und der jüngste Überfall des «Antifa-Kommando Galaxy» auf eine friedliche Informationsveranstaltung der Jungen SD vom vergangenen Freitag seitens von Linksextremisten im Umfeld der Reitschule koordiniert werden. So werden insbesondere Flugblätter in der Reitschuldruckerei im Umdruckverfahren hergestellt. Diesen Umstand wollen die

SD der Stadt Bern nicht mehr länger hinnehmen. So verlangen die SD ultimativ die Reitschulbetreiber auf, endlich ihr Verhältnis zu politischer Gewalt zu klären und die gewaltbereiten Chaoten nicht mehr länger in der Reitschule zu dulden. Die SD bereiten zudem einen parlamentarischen Vorstoss vor, der verlangt, dass solange Gewalt und Antifa-Terror von der Reitschule ausgehen, die Sanierungsarbeiten am Reitschulgebäude zu sistieren sind.

Hans-Peter Riesen, Grossrat, Präsident der SD Stadtsektion Bern

Gewalt – ein Phänomen unserer Zeit?

Jede Form von Gewalt gegen Personen und Sachen, gleichgültig, aus welchem Motiv sie auch immer verübt wird, sollte meiner Ansicht nach bedingungslos verurteilt werden. Politisch motivierte Gewalttaten dürfen in einem Rechtsstaat nicht hingenommen werden. Das Gewaltmonopol liegt ausschliesslich beim Staat, der deshalb wieder in die Lage versetzt werden muss, die Freiheit und Unversehrtheit seiner Einwohner zu gewährleisten. Für politisch motivierte Gewalt gibt es keine Legitimation, egal, von welcher Seite des politischen Spektrums sie begangen wird. Die Gewalt darf keinesfalls instrumentalisiert werden, denn mit Besorgnis kann festgestellt werden, dass vermeintlich und tatsächlich rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in der Schweiz einseitig thematisiert werden, um die heimattrauen Kräfte aus dem politischen Diskurs zu verdrängen oder ihnen zumindest schwer zu schaden.

Keine Tabuisierung der Zuwanderung

In diesem Zusammenhang wende ich mich auch dagegen, das Thema «Ausländer» und «Zuwanderung in die Schweiz» vor dem Hintergrund der aktuellen Kampagne erneut zu tabuisieren. Die Behauptung, Kritik an der Massenzuwanderung diene politischen Gewalttätern als willkommenes Stichwort, läuft auf die Tabuisierung eines für die Zukunft der Schweiz existentiellen politischen Themas hinaus. Meine Partei und ich werden daher auch in Zukunft das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen und auf die gravierenden Fehlentwicklungen hinweisen, die eine ungewollte und unregulierte Zuwanderung in die kleine Schweiz mit sich bringt. Mit Empörung muss man zur Kenntnis nehmen, dass im gleichen Mass, wie konservative Strömungen in der Schweiz, vorallem durch linke Medien gesellschaftlich «geächtet», linksextremistische Kräfte unter dem Sammelbegriff «antifaschistischer Widerstand» politisch aufgewertet und mehr und mehr dem «demokratischen Lager» zugerechnet werden.

Keine Aufwertung von Linksextremisten

Ich wende mich auch gegen den erzeugten Eindruck von linken Medien und Linksparteien, Gewalt sei eine typische Erscheinungsform «rechtsextremer Gesinnung». Richtig ist doch, dass die Gewaltkriminalität insgesamt in unserem Land ein beängstigendes Mass angenommen hat. Insbesondere muss die Verkürzung der laufenden Diskussion über Gewalt in der Gesell-

schaft auf «rechtsextreme Gewalt» verurteilt werden, weil dies von zahlreichen Ursachen der Gewaltentstehung ablenkt. Auch der Versuch muss verurteilt werden, im Rahmen einer Kampagne «gegen Rechts» den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, dass Gewalttaten nur oder überwiegend aus einer nicht näher definierten «rechten Gesinnung» verübt wurden. Gewalt ist kein «rechtes» Phänomen. Die Gleichsetzung von Gewalt und «Rechts» dient ausschliesslich der Stigmatisierung des politischen Spektrums rechts der Mitte. Die Schweiz sieht sich seit Jahren mit einem deutlichen Anstieg brutaler Gewaltkriminalität konfrontiert, innerhalb derer «rechtsextremistische Gewalt» einen verschwindend kleinen Anteil einnimmt. Diese Feststellung soll keineswegs rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten relativieren, sondern belegen, dass es einer gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Institutionen bedarf, um den besorgniserregenden Anstieg der Gewaltkriminalität einzudämmen. Wer Gewalt nur bestimmten, politisch nicht genehmen Gruppierungen zuschreiben will, der verharmlost die in der Schweiz schwelende Gewaltproblematik auf unverantwortliche Art und Weise. Meine Partei und ich fordern deshalb eine umfassende Diskussion über die gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt. **So darf beispielsweise der negative Einfluss von Gewaltdarstellung in Medien, vor allem junge Menschen, nicht ausgeblendet werden. Ferner ist dem offensichtlichen Werteverlust durch eine Bildungspolitik entgegenzuwirken, die dem jungen Menschen die Bedeutung von Heimat, Tradition, Familie und Kultur deutlich macht und damit identitätsstiftend wirkt.**

René Kunz, Reinach, Pressechef SD Aargau

Aktuelle Daten aus der Schweiz	
Wohnbevölkerung:	7,164 Mio.
Davon Ausländer:	1,417 Mio.
Auslandschweizer:	580'396
Durchschnittslohn:	5073 CHF
Bruttoinlandprodukt:	388,976 Mrd. CHF
Sozialhilfe:	5,05 Mrd. CHF
Fleischkonsum pro Kopf:	53 kg
Fischkonsum pro Kopf:	7,6 kg
Weinkonsum pro Kopf:	41,3 l
Schokoladenkonsum pro Kopf:	11,9 kg
Motorfahrzeuge:	3'467'275
Scheidungsrate:	50 Prozent
Lebenserwartung Frauen:	82,5
Lebenserwartung Männer:	76,5
Telefon-Anschlüsse:	4,54 Mio.
Anzahl Handys:	1,04 Mio.
Prozent Rauchende:	32,7
Prozent Ex-Rauchende:	19,3
Schuld des Bundes:	98,4 Mrd. CHF
Staatsschuld pro Kopf:	27'823 CHF

Nichttödliche Waffen – Gefahren für die ganze Schöpfung



Hans Steffen,
a. Nationalrat,
Fischtal

Ein Ausschuss legte dem EU-Parlament auf der Grundlage eines «Berichts über Umwelt, Sicherheit und Aussenpolitik» eine Entschliessung vor. Darin wird ein militärisches Forschungsprojekt der USA unter dem Titel «HAARP ein klimabeeinträchtigendes Waffensystem» beschrieben. HAARP heisst: «High-Frequency-Active Aurora-Research-Program» (Hochfrequenz erzeugendes Programm zur Erforschung der Aurora-Nordlichter). Die Anwendung der Erkenntnisse dieses Projekts wird von den EU-Stellen als gefährlich eingestuft.

HAARP – mehr als nur Nordlicht-Forschung

Kritische Wissenschaftler gehen nach ihren Beobachtungen davon aus, dass mit HAARP nicht etwa nur die Nordlichter erforscht werden, sondern eine für Mensch und Natur gefährliche, neuartige Waffe entwickelt wurde und weiter entwickelt wird. Offensichtlich kurbelten die USA und andere Staaten bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die geheime militärische Forschung im Bereich «non-lethal-arms», also «nichttödlicher Waffen» an. Das Programm HAARP gehört in diese Gruppe und wurde 1994 von Dr. Nick Begich, einem Arzt in Alaska, enttarnt und zusammen mit Jeanne Manning im Buch «Löcher im Himmel» (Frankfurt 1996) beschrieben. Damals begannen sich im europäischen Raum Wissenschaftler und Politiker mit dem Projekt zu beschäftigen. Das P.M.-Magazin berichtete im Mai 1999 eingehend über das Projekt und machte es einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

HAARP-Forschungsplatz: Antennenwald in der Wildnis

Zwölf Meilen nördlich des kleinen Städtchens Gakona im US-Staate Alaska verbirgt sich in einem Waldgebiet, ein anderer Wald ein Antennenwald. Hinter Stacheldrahtverhau ist eine riesige Antennenanlage entstanden, welche im Endausbau über 180 Masten verfügen soll. Jeder Mast trägt zwei 20 Meter hohe Antennen. Über diese

Antennen schicken die Forscher der US Air Force und anderer Stellen stark gebündelte Radiowellen in den Weltraum, wo diese auf die Ionosphäre treffen. Diese verdünnte Atmosphären-Schicht besteht aus elektrisch geladenen Luftteilchen. Die Ionosphäre absorbiert als Schutzschild einerseits die tödliche Strahlung aus energiereichen Teilchen, welche die Sonne Richtung Erde schickt. Andererseits reflektiert sie Radiosignale, welche zwischen Ionosphäre und Erde hin- und herschiessen, bis sie von Radioantennen empfangen werden können. Normalerweise ist die Ionosphäre von der Erde aus unsichtbar, treffen aber massenweise Teilchen von der Sonne auf, leuchtet die Ionosphäre. Diese Erscheinung heisst Polarlicht. Das HAARP-Programm erforscht Wirkungen der gebündelten und abgestrahlten Hochfrequenz-Energie auf die Ionosphäre und der dort reflektierten Niedrigfrequenz-Energiemengen auf Mensch und Natur.

HAARP-Technologie und ihre militärische Nutzung

Als im Februar 1999 das oben erwähnte EU-Komitee eine öffentliche Anhörung zum HAARP-Projekt organisierte, «bedauerte» man in Brüssel, dass die USA keine Vertretung an die Sitzung entsandten. Das HAARP-Projekt wurde in Brüssel dem Bereich «nichttödliche Waffen» zugeordnet und als «gefährlich» eingestuft. Von kritischen Wissenschaftlern und von der EU werden folgende Anwendungsmöglichkeiten dieser Technologie festgestellt oder vermutet:

HAARP-Anlage als «Ionosphären-Erhitzer»:

Durch die von den Kreuzdipolantennen ausgesandte Radiowellen-Energie werden die Teilchen der Ionosphäre künstlich angeregt und dadurch angeheizt. Extrem fokussierte Hochfrequenzstrahlen wirken wie Schneidbrenner. HAARP kann Teile der Ionosphäre erhitzen, heraustrennen, anheben, kippen und damit sogar virtuelle Spiegel erzeugen.

Die Militärs hoffen, mit dieser Technik neuartige Systeme zur Erfassung von Marschflugkörpern und zur Kommunikation mit U-Booten entwickeln zu können. In der Ionosphäre installierte virtuelle Spiegel könnten vom Boden ausgesandte Radarwellen reflektieren. Auf diese Weise liessen sich Flugobjekte genauer orten. Niedrigfrequenz-Wellen, welche von einer erhitzten Ionosphäre abge-

strahlt werden, sollen mühelos in die Tiefen des Meeres und des Erdbodens eindringen können. Aus den Tiefen reflektierte Wellen könnten von Satelliten aufgefangen und an Bodenstationen gesandt werden, von wo aus U-Boote, geheime unterirdische Anlagen, aber auch Öllagerstätten und andere Bodenschätze aufgespürt werden könnten. Sollten durch HAARP-Erhitzen in der Ionosphäre Löcher entstehen, wird dieser Schutzschild durchlässig. Dann würden tödliche hochenergetische Teilchen von der Sonne direkt auf die Erde geschossen und im Aufprallbereich alles Leben bedrohen.

HAARP-Methode zur Erzeugung eines Elektromagnetischen Impulses (EMI)

Ein EMI entsteht bekanntlich bei der Explosion einer Atombombe. Mit HAARP-Technik lässt sich ein solcher Impuls gezielt erzeugen. Die Folgen eines EMI sind bekannt: in Bruchteilen von Sekunden wird alles zerstört, was elektrisch betrieben oder elektronisch gesteuert wird. Strom- und Kommunikations-Netze, Computer, Steuerungen von Kraftwerken, Wasserversorgungen, Verkehrsnetzen und tausend andere Anwendungsbereiche fallen im EMI-Bereich aus.

Mit HAARP-Strahlung Gehirnzellen beeinflussen?

Dr. Nick Begich geht davon aus, dass mit Niedrigfrequenz-Wellen das menschliche Gehirn beeinflusst werden könne, liegen doch die Gehirnwellen im Bereich von 0 bis 30 Hertz. HAARP arbeitet in dieser Bandbreite. Mit solchen Wellen liessen sich chemische Prozesse im Hirn auslösen, die Angst, Lust, Niedergeschlagenheit oder Orientierungslosigkeit hervorrufen.

Mögliche Folgen der Versuche mit elektromagnetischen «Iono-Waffen»?

Bekanntlich haben Zugvögel und Wale eine Art «inneren Kompass», welcher sich am Magnetfeld der Erde orientiert. Im August 1997 strandeten Hunderte von Walen orientierungslos an der Küste der Falklandinseln. Im Januar 1998 steuerte eine Herde Pottwale auf das norddeutsche Wattenmeer zu. Im November 1998 kam es im hessischen Ulrichstein zu einer Massenotterung von Kranichen mit verletzten Tieren. Nach wenigen Stunden flog der Vogelschwarm wieder weiter. Israel meldete im gleichen Jahr das Ausbleiben von Millionen von Zugvögeln auf ihrer

Reise in den Süden.

Seit Mitte der achtziger Jahre melden Forscher einen markanten Anstieg von Naturkatastrophen – verursacht durch Stürme, Erdbeben, Überschwemmungen und Dürre. Leider haben sie noch keine schlüssigen Erklärungen ausser der festgestellten Erwärmung der Erde und ihrer Atmosphäre.

Dr. Nick Begich erklärte in einem Interview, die US-Regierung habe bei den Kampfhandlungen in Somalia, Bosnien und im Irak mit grosser Wahrscheinlichkeit HAARP-Waffen getestet. Im Golfkrieg seien irakische Soldaten völlig verwirrt, orientierungslos und blutend aus Bunkern gekommen, aber auch viele Kinder von US-amerikanischen Soldaten des Golfkrieges wiesen Missbildungen auf.

Elaine Scarry, US-Wissenschaftlerin der Harvard-University, äussert gemäss Pressemeldungen den schweren Verdacht, dass Elektromagnetische Impulse (EMI), ausgestrahlt durch das US-Militär, sowohl den Absturz des TWA-Jumbos im Jahr 1996 als auch jenen der Swissair-Maschine Anfang September 1998 bewirkt haben könnten.

Kommentar

Wer sich in die Unterlagen über HAARP vertieft, stellt mit Schrecken fest, dass das gefährliche Arsenal der ABC-Waffen um eine weitere gefährliche Gruppe erweitert wird, nämlich die «Iono-waffen». Sollten letztere in die falschen Hände geraten, seien dies nun machtbesessene Politiker eines Unrechtstaates oder seien es Terroristen, so müsste mit einer apokalyptischen Zukunft für die Menschheit gerechnet werden. Der Ruf nach internationaler Kontrolle dieser Waffenentwicklung ist gerechtfertigt. So ist zu begrüssen, dass die EU das Thema auf den Tisch brachte. Sie «hält HAARP wegen der weitreichenden Umweltauswirkungen für eine globale Angelegenheit und fordert, die rechtlichen, ökologischen und ethischen Auswirkungen von einem unabhängigen internationalen Organ untersuchen zu lassen, bevor weitere Forschungsarbeiten und Versuche stattfinden...» (Bericht des EU-Ausschusses vom 14. Januar 1999). Bundesrat und Parlament sollten spätestens jetzt vom Inhalt dieses EU-Berichts Kenntnis nehmen. Als Signatarstaat für die Konventionen des IKRK zum Schutze der Zivilbevölkerung bei kriegerischen Handlungen ist es im Interesse der Eidgenossenschaft, dass das IKRK eine Einbindung von Iono-Waffen in ihr internationales Rechtsgebilde anstrebt und hoffentlich auch realisiert.

Verbrüderung über die Landesgrenzen (einerseits) Nachlassende Kontakte unter Eidgenossen (andererseits)

Wie schwierig bis unmöglich eine echte Verbrüderung sogar zwischen «Brudervölkern» sein kann, ersieht man bei Juden und Arabern. Wir Schweizer machen es uns allzu leicht. So verbrüdete sich das romanischsprachige Bergdorf Breil/Brigels mit einem Ort irgendwo in Deutschland und nennt sich am Dorfeingang «Gemeinde Europas». Können überhaupt deren Einwohner hier und dort miteinander sprechen? Sind nicht deren Probleme grundverschieden? Eiken verbrüdet sich mit je einem Ort ähnlichen Namens in Deutschland und einem solchen in flämisch Belgien. Sicher freundliche Begegnungen, aber ohne Tiefe. Schweizer Rheinfelden trifft auf Badisch Rheinfelden, aber nur auf Behörden-

Echte Freundschaften

Durch reinen Zufall treffen wir auf der Strasse in Tesserete eine ältere Frau, deren mit Einkäufen beladenes Velo auf dem Trottoir umgestürzt ist. Die Frau aus Caglio (durch Heirat Aargauerin, eine Wullschleger) zeigt uns den Ort bei einem Bildstöckli, wo sie einst ihrem späteren Mann begegnete. Er sei Soldat gewesen und habe ihr gleich gefallen. Heute verwitwet, spricht sie neben ihrer italienischen Muttersprache ein erstaunlich gutes Deutsch, Beispiel einer Begegnung über die Sprachgrenze zwischen Schweizern.

Begegnung vor dem Kirchenfest

Am folgenden Tag treffen wir wieder rein zufällig auf der Bergkuppe des San Bernardo (Blick direkt auf Lugano) eine Gruppe Tessiner. Sie bereiten die traditionelle alljährliche Feier in dieser Kirche vor. Es ist gerade Mittagszeit. Sie sitzen an einem langen Tisch, Pfarrer, Frauen, Männer, einige Jugendliche. Sie laden uns ein, mitzuhalten. Jeder

erhält ein Spiessli mit verschiedenen Fleischsorten ab dem fest installierten Grill. Dazu gibt es Salat, Wein, später Grappa, Kaffee, Kuchen. Damit nicht genug! Jetzt ist für einmal die Kirche offen. Man führt uns – am Altar vorbei – in die Zelle des 1833 verstorbenen Eremiten. Man zeigt uns die Kiste, in der er schlief, als Kopfkissen ein Stein wie bei Niklaus von Flüe im Ranft. Im selben Raum liegt er beerdigt. Ein Lapide, steinerne Schrifttafel, erinnert an ihn (und eine Dokumentenmappe in einem gediegen möblierten profanen Nebenzimmer). Ganz unerwartet die Einladung, nun den Campanile, den Glockenturm, zu besteigen. Es geht über drei Leitern. Im engen Gemäuer von der einen zur andern hinüberzuwechseln ist für mich alten, überdies leicht angesäuselten Mann nicht eben einfach. Zuoberst reicht man mir helfend die Hand und zieht mich auf das oberste Podest. Die Glockenstube ist derart eng, dass man, um nicht hinunterzufallen, den Deckel zuklappt. Rundum – auf vier Seiten – genießt man die unverstellte Aussicht auf rote Dächer, grüne Berge, die Felszacken der Denti (der «Altweiberzähne»), auf Tamaro, Bar, Gazzirola, Camogé, Boglia, Brè, Generoso, auf den See, den Salvatore, den Monte Lema. Es ist eine unvergleichlich gegliederte Landschaft, mit einem Kranz berühmter Berge rundum.

Einmaliges Erlebnis

Im Glockenturm stehen wir zu viert nahe beieinander. Der junge Glöckner, ein schlankes, noch jüngeres Mädchen fassen jedes einen Klöppel der zwei in unserer Kopfhöhe hängenden Glocken. Mit diesem schlagen sie gekonnt gegen den Mantel ihrer Glocke, bei der grösseren mit tiefem Ton oft in schnellem Intervall, das Mädchen dazwischen höher gestimmt einfallend. Für uns Dabeistehende wohl etwas laut, dürfte man die Botschaft in den Dörfern rundum gehört haben: Sonntag und nochmals Montag, 11 Uhr, Messe auf San Bernardo. Die kleinere Glocke direkt neben mir in Augenhöhe trägt eine lange Inschrift. Gewidmet ist sie Niklaus von Flüe, Schutzheiliger der Eidgenossen. Wieder auf festem Grund und Boden, führt uns ein pensionierter Mechaniker zu einem Rustico im Wald. Er arbeitete 47 Jahre bei Saurer in Arbon und spricht neben Italienisch auch Deutsch. Im Rustico begrüsst uns eine alte Dame, Appenzellerin. Sie hat vor Jahrzehnten an der Uni Zürich studiert, kannte persönlich den «Armenarzt» Brupbacher im Aussersihl und den Dichter Ignazio Silone. Nochmals – unter einem

Laubdach zu Tische sitzend – spendiert man uns Unbekannten Kaffee und Ratafià, den im Tessin neben Grappa hergestellten Nusslikör. Die Herzlichkeit allüberall ist überwältigend.

Fest an der Landesgrenze

Von Bogno aus, dem obersten Dorf im Val Colla, führt ein steiles Zollweglein zum über 1500 Meter hoch gelegenen Passo San Lucio. Der Aufstieg ist steil; der Weg ist abschüssig und an vielen Stellen durch kürzliche Wolkenbrüche abgerutscht. Eine Woche vor dem alljährlichen Fest auf dem Pass wurde er notdürftig wieder begehbar gemacht. Überall sind neue Anrisse, der Durchgang bei Regen verboten. Oben auf der Senke des PASSES, beim Grenzstein 5 A, steht das alte Passheiligtum, das Santuario di San Lucio. Alljährlich am Tag des San Rocco/Rochus finden dort Messe und weltliches Fest statt. Rochus ist auch bei uns als Pestheiliger bekannt, San Lucio hingegen ist ein nicht kanonisierter Hirtenheiliger. Er steht nicht im Heiligenkalender. Er war – ich vermute auf der hundert Meter tieferen Alpe Cottino – als Hirte und Käser angestellt. Dem frommen Mann gelang es, aus der anfallenden Milch die doppelte Menge Käse herzustellen. Den Überschuss verschenkte er den Armen. Der habgierige Alpbesitzer wollte den Profit aber für sich abzweigen; er liess Lucio ermorden. Das Burgunderblut im Seelein unweit des PASSES wird als Blut gedeutet.

San Lucio empfängt neben «Schlachtenbummlern» auch echte Prominenz. Donnerstag das beschriebene Volksfest, die alljährliche Messe, sonntags darauf schon (dies laut Tessiner Zeitung) eine weitere Messe, gehalten von Kardinal Carlo Maria Martini (wie schon 1982 und 1983). Dieser Zelebrant gelte als Anwärter für das Amt des Papstes. Welche Aufwertung für die bescheidene, fast schmucklose Bergkirche beim Grenzstein 5 A!

Grenze völlig verwischt

Noch erinnern wir uns des «Glöglhages», eines über vier Meter hohen Stacheldrahtzaunes mit kleinem Durchlass genau bei der Kirche und der italienischen Kaserne daneben. Vom Monte Segor (Grenzstein Nummer 1) bis zur Kirche San Lucio (Grenzstein Nummer 5 A) sind 17 Grenzsteine nachträglich eingefügt worden. Nummer 5 (ein ursprünglicher)

trägt auf Schweizer Seite die Bezeichnung BS = Bogno Svizzero, auf italienischer CM = Cavargna Milanese. Die Sicht ins Val Cavargna ist grossartig. Der Pass ist als Handelsweg nicht mehr begangen, das Zollhaus in Bogno nur noch als solches beschriftet und zum Verkauf ausgeschrieben worden. Wo während des Krieges noch Reis und Teigwaren ins Val Colla hinübergeschmuggelt und in der SAC-Hütte am Monte Bar die Hand wechselte, werden jetzt grenzüberschreitend Feste gefeiert. Die rustikale Kirche mit Granitplattendach, der rauhe Kirchenboden aus hochkant gefügten Granitsteinen – an den Wänden Reste von Fresken – vermag nur den kleinsten Teil der Tausenden von Besuchern zu fassen. Der Messe mit Lautsprecher nach aussen übertragen – vermögen wir wegen Lärms ausserhalb nicht zu folgen. Ständig fliegen Helikopter, sowohl von Italien her, als auch vom schweizerischen Certarans. Überall brutzelt Fleisch, wird Rissotto ausgegeben, stehen Festbesucher. Sogar indianische Händlerinnen haben Kleider, Stoffe, farbige Bänder, Spielsachen ausgebreitet, sodass streckenweise der Zugang zur Kirche verstellt ist. Als sich diese geleert hat, zünden auch wir zwei Deutschschweizer jeder eine Kerze an für die zwei Zuhause gebliebenen Frauen. Jegliche Grenzziehung ist hier überwunden. Italienische Finanzieri mit ihren zwei roten Generalstabsstreifen auf blauem Hosenstoff bewegen sich frei, getrennt die grau gekleideten Doganieri. Wer auf welche aufzupassen hat, wissen nur Italiener. Der «Glöglhag» ist (von selbst) in sich zusammengefallen. Geblieben sind unterschiedliche Aufgaben und Ansichten. Sogar innerhalb des eigenen Landes.

Die kürzlichen Naturkatastrophen im Val Colla: Wer hat davon gehört, wer kann sich diese überhaupt vorstellen? An den oberen Zuflüssen der Cassarate sind seit langem bestehende Verbauungen abgerutscht, Steilhänge in Schluchten abgeglitten, Schutzwald vernichtet, riesige Felsblöcke in Bewegung geraten, dass man es möglicherweise in Bogno als Erdbeben empfunden haben könnte. Wer hat eine Ahnung, was alles auf arme Berggemeinden zukommt, was hier dem Patriziato als Daueraufgabe wartet, damit Unterlieger sicher leben? Dies ist bei allen oberflächlichen Verbrüderungen – so Zürich mit einer chinesischen Stadt – zu bedenken. Wieviel mehr bringen Kontakte im Inland und welche Bereicherung bietet die Kenntnis einer oder mehrerer unserer eigenen Landessprachen.

Robert Berner / Martin Rohrer

Fortsetzung von Seite 6

Quellen:

- Dr. Nick Begich, «Star Wars, Star Trek and Killing Politely» (www.earthpulse.com/haarp/star-wars.html)
- TOPIG Nr. 5/99 + Nr. 8/01
- P.M.-Magazin Nr. 5/99
- HAARP Home Page US-Gov. (www.haarp.alaska.edu/)
- «BLICK» vom 3.09.2001
- EU: Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Sicherheit und Verteidigungspolitik. «Bericht über Umwelt, Sicherheit und Aussenpolitik» (14. Januar 1999)



Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001:

SD: 1 x Ja, 4 x Nein

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen gefasst:

Bundesbeschluss Schuldenbremse **Ja** (einstimmig)

Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer» **Nein** (mehrheitlich)

Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» **Nein** (beinahe einstimmig)

Volksinitiative «Für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee» **Nein** (einstimmig)

Volksinitiative «Solidarität schafft Sicherheit: Für einen freiwilligen Zivilen Friedensdienst» **Nein** (einstimmig)

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirk Aarau Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Sektion Kulm Bezirkspartei Lenzburg	Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Central, Reinach Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Lindenhof in Schafisheim
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Weihnachtsabend: 7. Dez., 18.00 Uhr, Rest. Bären, Bümpliz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 - 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen und Umgebung Sektion Wil und Umgebung	28. November: Stammabend mit Referat «Wunderwelt der Bergkristalle» ab 19.30 Uhr in einem Saal im Rest. Dufour, St. Gallen. 12. Dezember: Weihnachtsstamm ab 19.30 Uhr im Rest. Dufour in St. Gallen. Jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Rest. Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Stammtisch jeden letzten Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Sternen, Kirchgasse 36, Kloten Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch am ersten Dienstag des Monats, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss Höck am 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Krone, Schaffhauserstr. 1, Zürich-Unterstrass

Bundesrat schleudert!

1981 schreibt der Bundesrat zum Uno-Beitritt. «Die militärischen Massnahmen, die der Sicherheitsrat gemäss § 42 anordnen kann, kommen für einen neutralen Staat schon allein deswegen nicht in Betracht, weil sie mit dem Neutralitätsrecht im Widerspruch stünden...» «Offenbar haben Bundesrat und viele Politiker einen Gedächtnisschwund. Bundesrat Deiss sagte eben vor dem Nationalrat, er wolle «die Neutralität in keiner Weise aufgeben...» und trotzdem in die UNO; Wessen Geisteszustand müsste da nicht dringend untersucht werden? *WS*

Bundesräte als Lügner?

1993 meint der Bundesrat im Bericht zur Neutralität. «Die UNO-Charta spricht nirgends von der Neutralität, weil es in einem stets funktionierenden System der kollektiven Sicherheit für die klassische Neutralitätskonzeption dem Grundsatz nach keinen Platz mehr gibt...» Bundesrat Deiss sagte Ende September 2001 im Nationalrat: «Der Bundesrat sei überzeugt, dass die Schweiz der UNO beitreten und dabei neutral bleiben kann, so wie sie es heute ist...» Frage: Hat die UNO-Charta geändert? Nein! Hat unsere Neutralität geändert? Nein! Hat der (Verstand des...) Bundesrat(es) geändert? Ja, leider... *WS*

SD Reinach, Baselland

Podium gegen UNO am Dienstag, 27. November 2001, 19.30 Uhr im Restaurant Rössli, Hauptstrasse 24, 4153 Reinach (Tram Nr. 11 Reinach Dorf). Referenten: Frau Doris Auerbach, Dr. Jacques Dreyer, Diethelm Raff.



Kanton Bern



Kanton Zürich

Regierungswahl 2002:

SD nominieren Bernhard Hess

Die Schweizer Demokraten (SD) wollen den Bürgerlichen und Rot-Grünen das Feld der Regierungswahlen nicht alleine überlassen. Deshalb haben sie anlässlich der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom Freitag, 12. Oktober 2001, Nationalrat Bernhard Hess einstimmig als SD-Regierungskandidaten nominiert. Bernhard Hess, geboren 1966, ist ein unabhängiger, mutiger und erfahrener Politiker. Zwischen 1994 und 1998 amtierte Hess als Berner Stadtrat, wo er über 40 Stadtratsvorstösse einreichte. National bekannt wurde Hess 1995, als er erfolgreich die Absetzung des US-amerikanischen Gewaltfilms «Natural born killers» (Oliver Stone) vom Stadtberner Kinofilmplan durchsetzte. 1998 wurde Bernhard Hess in den Grossen Rat gewählt. Auch im Kantonsparlament spielte der Heimweh-Emmentaler und SC Langnau-Fan augenblicklich «Powerplay». Mit Vorstössen zur Internierung von kriminellen und renitenten Asylbewerbern und insbesondere mit seiner Motion für eigene Schulklassen für Einheimische entfachte er inner- und ausserhalb des Kantonsparlamentes teilweise hitzige Diskussionen. Im Nationalrat gibt es dank einer SD-Motion von Bernhard Hess, welche durch 90 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichner mitgetragen wird, neue

Hoffnung für ein Armeemuseum in Thun. Der Bümplizer SD-Zentralsekretär Bernhard Hess sieht sich gerne als «Robin Hood» der anständigen und fleissigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die teilweise in den stark überfremdeten Quartieren sicherlich nicht auf der Sonnenseite der Gesellschaft leben. Er kann durchaus als Sozialpatriot bezeichnet werden, der entschieden die Arroganz der volksfremden «Classe politique» ablehnt. Daneben hat er auch ein Herz für Tiere und eine intakte Natur. Für den Regierungsrat präsentieren die SD somit mit Bernhard Hess einen zuverlässigen und entschiedenen Gegner eines EU-, UNO- und NATO-Beitritts, der sich entschieden für Sicherheit, Recht und Ordnung einsetzt und den Asylrechtsmissbrauch ablehnt.

Wahlen Köniz 2. Dezember 2001 – nicht vergessen!

Für das Haupt- und Nebenamt PGSP/SD-Liste 7 einwerfen.

Für den Grossen Gemeinderat SD Liste 10 einwerfen.

SD: Nein zur Einheitspolizei

Der Parteivorstand der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat für die kantonale Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001 ohne Gegenstimme die folgende Empfehlung beschlossen:

Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich»

Nein

Die Eingliederung sämtlicher heutiger Stadt- und Gemeindepolizeien in die Kantonspolizei Zürich ist nicht zweckmässig und wäre auch

sehr teuer, weil die Ausbildung und auch die Aufgaben der verschiedenen Polizeikräfte sehr unterschiedlich sind. Den Gemeinden soll die Kompetenz belassen werden, für ihre ortspolizeilichen Bedürfnisse eigene Polizeikorps oder Sicherheitsdienste zu bilden, die mit den lokalen Verhältnissen vertraut sind.

Eine Zentralisierung aller Kräfte bei der Kantonspolizei wäre demgegenüber weniger geeignet, überall im Kanton ein Maximum an Sicherheit zu gewährleisten.

Stadtpräsidium von Dietikon

Markus Alder als SD-Kandidat nominiert

An der erweiterten Vorstandssitzung der SD-Bezirkssektion Dietikon vom 25. Oktober 2001 wurde beschlossen, dass die Schweizer Demokraten an den Stadt- und Gemeinderatswahlen vom 3. Feb-



Markus Alder

ruar 2002 in Dietikon teilnehmen. Als Kandidat sowohl für den Stadtrat, als auch für das Amt des Stadtpräsidenten von Dietikon wurde **Markus Alder** nominiert. Markus Alder, geboren 1970, ist selbständiger Autofahrlehrer und arbeitet im Nebenerwerb im Gartenunterhalt.

*SD des Bezirks Dietikon
i.A. des Parteivorstandes:
Ruedi Böni, Dietikon*

Woher kommt die Wohnungsnot?

Wer heute in Zürich eine einigermaßen bezahlbare Wohnung sucht, hat anders als noch vor wenigen Jahren, nur mit viel Geduld oder entsprechenden Beziehungen eine Chance. Ganze 0,07% der Wohnungen stehen leer. Woher kommt das?

Behörden und Presse behaupten, dass die Zürcher eben pro Kopf immer mehr Wohnraum beanspruchten. Dies mag über Jahrzehnte betrachtet durchaus zutreffen. Die dramatische Verknappung des Wohnungsangebots innert einem bis zwei Jahren lässt sich aber damit nicht erklären. Ursache der plötzlichen Wohnungsnot kann also nur ein deutlicher Anstieg der Einwohnerzahl sein. Seltsam ist, dass sich davon in den amtlichen Statistiken keine Spur findet. Gemäss diesen leben in Zürich seit Jahren immer etwa gleich viele Menschen.

enthalt. Sie behaupten, ihre Zahl gehe gesamtschweizerisch in die Hunderttausende. Dass dies nicht einfach aus der Luft gegriffen ist, sieht man bei einem Stadtbummel sofort. Noch vor wenigen Jahren begegnete man z.B. nur selten Menschen schwarzer Hautfarbe. Nun sind sie überall in grosser Zahl anzutreffen und prägen in einzelnen Quartieren, etwa im Kreis 4, schon deutlich das Strassenbild. Auch davon ist in der Einwohnerstatistik kaum etwas zu sehen. Offiziell wohnen nicht viel mehr Menschen aus Afrika, der Karibik usw. in Zürich als vor ein paar Jahren. Offensichtlich ist also ein grosser Teil der Zuwanderer aus diesen Regionen nicht ordnungsgemäss angemeldet. Und dies ist nur die

Spitze des Eisbergs!

Auch aus anderen Ländern kommen illegale Einwanderer. Jene fallen nur weniger auf. Und was tun die Regierungspolitiker? Die bürgerlichen Parteien schweigen, weil ihnen die Illegalen als ausbeutbare

Fortsetzung Seite 10

SD-Protest gegen antischweizerische Tagesschau von SF DRS

In der Haupttagesschau von 19.30 Uhr des staatlichen Fernsehens SF DRS vom **27. Oktober 2001** wurde über einen Vorfall in Solothurn folgendermassen berichtet: «Schlägerei zwischen Rechtsradikalen und Ausländern in Solothurn. Einer der Schläger wurde von der Polizei verhaftet». Im Radio Argovia wurde über denselben Vorfall berichtet, allerdings mit den wichtigen Ergänzungen, dass es sich beim Verhafteten um einen Ex-Jugoslawen handelt und dass am Vortrag ein Rechtsradikaler und seine Freundin in Solothurn von Ausländern tätlich angegriffen worden ist. Dass diese beiden Tatsachen in der Haupttagesschau von SF DRS verschwiegen wurden, zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit die antischweizerische Grundhaltung unseres staatli-

chen Fernsehens. Nachrichten, die Ausländer in einem ungünstigen Licht zeigen könnten, werden meist ohne Nennung der Nationalität gebracht und dazu meist in einer Weise, die eher auf Schweizer Täter hindeutet. Die 68-er Generation, die seit langem bei SF DRS am Ruder ist, handelt offenbar immer noch nach dem Motto jener Leute: «Macht aus diesem Staat Gurkensalat», indem sie systematisch alles übernimmt, um die Schweiz und die Schweizerinnen und Schweizer Demokraten protestieren zum wiederholten Mal gegen diese antischweizerische Haltung von SF DRS «Idée Suisse» und hoffen, dass nicht alle schweizerischen Ideen das Niveau von SF DRS haben.

*Medienmitteilung von
Dr. Dragan Najman,
Pressechef SD Schweiz*

Woher kommt die Wohnungsnot?

Fortsetzung von Seite 9

Billigarbeiter willkommen sind. Die Sozialisten, längst keine Arbeiterpartei mehr, sondern ein weltfremder Akademikerklub, wollen die Grenzen für alle öffnen, die auch noch in die Schweiz kommen wollen. Dass unter den Folgen einer solchen Politik steigende Kriminalität, Verslumung, sinkendes Schulniveau und eben auch Wohnungsnot vor allem die Rentner und Kleinverdiener leiden, ist den ins Alter gekommenen «68ern» egal. Sie können sich ja wie die bürgerlichen Spekulanten und Profiteure eine teure Wohnung in einem «besseren» Quartier leisten und ihre Kinder in eine Privatschule schicken.

Wegen «Unterbelegung» werden ältere Schweizer aus ihrer Wohnung gedrängt,

in der sie seit Jahrzehnten leben. Sie müssen Einwandererfamilien Platz machen. Und das nennen unsere Stadtväter und -mütter dann

auch noch eine soziale und menschliche Politik!

Seit der Auflösung der offenen Drogenszene mieten Strohmänner**Wohnungen für Drogenhändler,**

damit diese, selbstverständlich auch mit illegalem Aufenthalt, weiter ihrem schmutzigen Geschäft nachgehen können. Manchen Hauseigentümern ist es egal, was in ihren Liegenschaften geschieht, wenn es nur rentiert.

Die Situation liesse sich z.B. mit intensiven Personenkontrollen auf der Strasse und in Häusern oder mit einem systematischen Abgleich der Datenbestände verschiedener Stellen rasch verbessern. Ganz nebenbei wäre wohl auch mit der Wohnungsnot bald Schluss! Doch den Behörden fehlt schlicht und einfach der Wille dazu. Dabei bleibt es auch, solange viele Bürger resignieren und alles über sich ergehen lassen.

Widerstand lohnt sich. Geben Sie sich einen «Schupf» und machen Sie bei den Schweizer Demokraten mit!

Im Hinblick auf die folgenschwere Volksabstimmung vom 3. März 2002 über den UNO-Beitritt beginnen wir heute im «Schweizer Demokrat» mit einer Serie, welche eindrücklich die gravierenden Missstände in der Weltorganisation aufzeigen soll.

UNO – Verbrecher und Heuchler!

Tibeter, heute Schweizer Bürger, wurden in Russland festgenommen und in Arrest geworfen, weil sie es wagten, gegen eine Olympia-Kandidatur Rotchinas zu demonstrieren. Diese ehemaligen Flüchtlinge aus Tibet haben alles verloren, als Rotchina ihre Heimat überfiel. Seit Jahrzehnten sind Millionen ermordet worden, die tibetische Kultur und Religion wird systematisch unterdrückt und bekämpft. Junge Frauen werden zwangsweise sterilisiert. Die militärische Besatzungsmacht Rotchinas gibt Arbeitsplätze und Verwaltungsposten jungen Chinesen. Einheimische werden systematisch ausgegrenzt und benachteiligt. Eine junge Demonstrantin brachte es auf den Punkt und sagte auf dem Flughafen Kloten ins Mikro des Fernsehreporters: Rotchina zerstört Tibet, meine Heimat, gezielt und systematisch mit einer Masseneinwanderung von Chinesen und schafft entsprechende Anreize. Die Tibeter, die sich von anderen «Flüchtlingen» in der Schweiz mehr als positiv abheben, sind Wilhelm Tell heute näher als so mancher Eidgenosse. Sie wissen noch, was Freiheit ist! Sie wissen aber auch, dass mittels Einwanderung eine Volksseele, ja ein ganzes Volk zerstört werden kann. Sind erst einmal zahlenmässig genügend andere Religionen und Nationen im Lande vertreten, wird es für unser Land immer schwieriger. Gemäss

UNO-Konventionen haben alle Anrecht auf eigene Religion, Kultur und Lebensweise. So muss früher oder später der Gedanke an die eigene Nation, ein Volk von Tibetern, eine tibetische Kultur und Religion begraben werden. Alle müssen schliesslich froh sein, wenn die Reibungspunkte zwischen den einheimischen und zugewanderten Gruppen nicht zu kriegerischen Konflikten eskalieren! (z.B. in Ex-Jugoslawien, Irland, Israel etc.) Genau das aber ist die Absicht der Drahtzieher: Die Verhinderung einer einheitlichen, freien und starken Nation! Bleibt die berechtigte Frage, was wollen unsere «lieben Mitedgenossen» in unserem Lande mit der unsinnigen Einwanderung in die Schweiz? Sicher nicht das, was viele schöne 1.-August-Reden uns wieder einmal weismachen wollen. Zur unfähigen, unwürdigen und wenig überzeugenden UNO aber kommt einmal mehr die Grundsatzfrage: Gelten für ein grosses Land wie China einfach andere Menschenrechte als für kleine Staaten? Warum werden Kleine sanktioniert und boykottiert, während grosse Schurken wie Rotchina einfach alles machen können und sogar mit olympischen Spielen belohnt werden? Gewiss ist nur eines, Tell wäre ganz sicher auf der Seite der Tibeter gestanden! Wo aber ist heute sein Erbe in unserem Lande geblieben?

Williy Schmidhauser, Dettighofen



Kanton St. Gallen

**SD Sektion Wil und Umgebung:**

Gegen einen UNO-Beitritt der Schweiz

Der Präsident der «Young 4 Fun» Lukas Reimann, 19, Student, Wil, hielt kürzlich einen Vortrag «gegen den UNO-Beitritt» bei den Schweizer Demokraten der Sektion Wil und Umgebung.

Das Ansehen der Schweiz

Herr Reimann meint, wir müssen uns zwischen einem effektlosen Anpassen und somit einer passiven und schwachen humanitären Hilfe und Neutralität (sprich dem UNO-Beitritt) und einer aktiven, selbstbewussten und nützlichen humanitären Hilfe und Neutralität ohne UNO entscheiden. Der zweite Weg mag schwerer sein, er nützt dem Ansehen der Schweiz sowie vor allem der ganzen Welt weit mehr.

Die UNO kann nicht helfen

Die UNO ist riesig, bürokratisch und kann leider nicht bei allen Konflikten und Leiden dieser Welt helfen. Dies liegt auch am undemokratischen Vetorecht und menschenverachtenden Wirtschaftssanktionen. Durch das Vetorecht können z.B. Russland einen Hilfseinsatz in Tschetschenien und China im Tibet verhindern. Durch Wirtschaftssanktionen, an welche sich ebenfalls alle UNO-Staaten halten müssen, explodieren Krankheiten und die Kindersterblichkeitsrate. Genau in

solchen Fällen könnte die Schweiz als von der UNO nicht eingebundener Staat weltweit Leiden, Hunger und Tod vermeiden helfen.

Nicht in die UNO einbinden lassen

Bereits heute hilft die Schweiz in verschiedenen Staaten (z.B. Kolumbien) weit mehr als die UNO. Ausserhalb der UNO können wir unabhängig und besser die schweizerische weltoffene Tradition der humanitären Hilfe weiterführen und ausbauen, ohne dass die Schweiz in fremde Konflikte verwickelt wird, ohne an Freiheit und Selbstständigkeit einzubüssen und ohne sich zum Satellitenstaat der UNO-Grossmächte zu entwickeln. Der jetzige Zustand ist für die Schweiz und die Welt ideal. In allen positiven Bereichen der UNO (wie zum Beispiel UNICEF-Kinderhilfswerk) hilft die Schweiz überdurchschnittlich aktiv mit, ohne sich durch eine Mitgliedschaft unnötig und ungewollt in die Abhängigkeit des umstrittenen politischen Teils der UNO einbinden zu lassen. (hw)

«Früher hatten wir die Folter, heute haben wir die Presse...»

Oscar Wilde

Ist UNO-Beitritt sinnvoll...?

Die UNO ist eine hilflose Organisation, die viel redet – böse Zungen meinen: «Sprücheklopfer!» Viele Länder haben UNO-Gesetz und -Konventionen unterzeichnet; doch selten werden sie eingehalten...

Es gibt keine UNO-Polizei oder UNO-Armee, die darauf achten könnte, dass die Paragraphen eingehalten werden. Das ist bis heute nicht «geregelt» – die Eineweltpolizei und -Armee wird also kommen; so sicher (wie das Amen in der Kirche!)

Zwischen 180 und 190 Staaten müssen die UNO-Konventionen einhalten; nicht so die Grossen, die zugleich auch die grössten Waffenhändler der Welt sind: USA, China, Russland, England und Frankreich! Mit einem Veto können diese fünf alle UNO-Beschlüsse ablehnen...

Schweizer wollen ein neutrales Land, für alle eine Insel, für alle ein Rettungsanker, ein Platz des Vertrauens und der Unabhängigkeit – ohne Einbindung in ein undemokratisches Machtgebilde von fünf Mächtigen...

Unser Land soll weder Kriegspartei, noch Partei in irgend einer Form sein. Offen für alle Sorgen der Völker, mit «guten Diensten» für alle! Als UNO-Mitglied müssten wir Verurteilungen und Boykotte mittragen, d.h. wir sind nicht mehr neutral und noch weniger glaubwürdig...

Die Schweiz als gastlicher, neutraler Boden – im Dienste aller! Das Land des Roten Kreuzes, das allen Hilfe bringt, die auf dieser Welt in Not sind – ohne Rücksicht auf Politik oder Religion! So macht das Ganze Sinn, so soll es bleiben! Darum NEIN zum unnötigen UNO-Beitritt – im Interesse der Schweiz und der ganzen Welt!

Wenig bringt diese UNO!

Zwar haben alle UNO-Staaten UNO-Konventionen und UNO-Gesetze ratifiziert, doch nur wenige halten sie ein...

...so kerkert China seit über 40 Jahren katholische Priester und Bischöfe ein. Nationalchina, eine UNO-Gründernation, wurde von Rotchina aus der UNO geworfen mit dem Hinweis, Rotchina vertrete alle Chinesen... Tibet ist geknechtet, seine Frauen werden zwangssterilisiert, seine Flüchtlinge

sind zu Tausenden in unserem Lande. Chinesische Einwanderer erhalten Stellen im Tibet; Tibeter müssen auf Arbeits- und Existenzsuche ins Ausland... In Indien dominieren immer noch menschenverachtende Kasten. 900 Millionen sind weniger wert als der Hund eines Reichen...

Schluss mit selbständigen Staaten!

Was nützen UNO-Konventionen, wenn sie nur für die Einen gelten oder einfach nicht vollzogen werden...

...da muss einfach ehrlicher argumentiert werden: Die UNO bringt langfristig die Eineweltregierung, die Einewelt-polizei und die Eineweltarmee... Wollen wir das auch? Auch für unser Land? Jeder aufmerksame Beobachter kann

heute schon den Abbau der Nationalstaaten bestätigen. Dann gibt es keine Unabhängigkeit und Freiheit mehr – alle werden nur noch Nummern sein mit totaler Strichcode-Überwachung in allen Lebensbereichen, allen...

Fünf Grosse haben Sonderrechte...

USA, China, Frankreich und England haben Sonderrechte, die alle anderen, fast 190 UNO-Staaten nicht haben – ist das nicht unglaublich und unwürdig?

...warum in aller Welt sollen diese fünf Grossen Sonderrechte beanspruchen dürfen? Zugleich sind sie ja auch die grössten Waffenhändler dieser Erde... Mit der Er-greifung des Vetos gegen einen UNO-Beschluss sind sie an den betreffenden UNO-Entscheid – im Gegensatz zu allen anderen 190 Staaten – nicht gebunden...



**Nein zum
UNO-Beitritt**

Ein UNO-Beschluss aber gegen die Schweiz könnte von uns kaum zurückgewiesen werden! Wollen wir also Knechte werden? Ein Abstieg aus der Demokratie? Wollen wir derartigen undemokratischen Unsinn mit einem JA zur UNO sanktionieren? Niemals! Derart unwürdige, undemokratische Zustände gehören ins Pfefferland!

Bundesrat Deiss – ein UNO-Komiker?

Bundesrat Deiss vertrat im Nationalrat die JA-Parole des Bundesrates mit dem Argument, man lasse sich von der UNO die Neutralität bestätigen und müsse dann auch keine militärischen Einsätze leisten...

...allerdings muss gefragt werden, wie lange es dauern wird, bis klagende und jammernde Medien und weinerliche Öff-ner uns vorhalten: «Die Schweiz steht einmal mehr ab-seits...» oder «andere Nationen müssen für uns auch hier

wieder die Kohlen aus dem Feuer holen...» Dann ist eben die besagte Neutralität doch noch im Kübel der Geschichte gelandet... Wollen wir diese Entwicklung?

«Wir können endlich mitreden...» schwärmt Bundesrat Deiss.

Mag sein, dass Deiss schon als Bube davon träumte, im Glaspalast zu New York ans Rednerpult treten zu können...

Es braucht doch unser Land in dieser Welt, aber ganz gewiss nicht als UNO-Knecht, sondern als vorbildliches, freies und demokratisches Land der Freien und der Freiheit!

→ bitte kopieren und weiterverteilen ←



Gute Reise, Ruedi Baumann!

Nun zieht der Nationalrat und Ex-Präsident der Grünen also nach Frankreich. Ein tapferer Kämpfer für Biogemüse und wider die «Fremdenfeindlichkeit» verlässt die Politbühne. Unentwegt hat er sich mit seiner EU- und Asylpolitik für offene Grenzen eingesetzt und ist dadurch mitschuldig geworden,

dass die Schweiz – bezogen auf die bewohnbare Fläche – zu einem der am dichtesten besiedelten Länder der Erde geworden ist. Es ist deshalb eng geworden in unserem Land; Bauwillige, Verkehrsplaner, Naturschützer, Bauern usw. kämpfen um jeden Quadratmeter. Aber man kann von einem Politiker ja schliesslich nicht erwarten, dass er an alles denkt und auch die Risiken und Nebenwirkungen seines Tuns im Auge behält. Bis es einen selber trifft und man feststellen muss, dass mehr Platz auch für einen Bauern eine gute Sache ist. So zieht der grüne Herr mit seiner roten Dame nun von dannen in ein Land, wo es noch Platz hat und lässt uns im «Gschtungg» zurück, dass er mit zu verantworten hat. Eine Frage lässt er aber unbeantwortet zurück: Wie man(n)/frau als Mitglied der Grünen eine möglichst unbegrenzte Einwanderung in einen begrenzten Lebensraum mit Ökologie und Nachhaltigkeit vereinbaren kann.

Peter Arn, Biel

Lieb Vaterland ade?

In der Diskussion um die neue Kantonsverfassung im Kanton Waadt wurde auch eine Stimme laut, ob der Leitspruch der Kantonsflagge «Liberté et Patrie» in «Liberté et Solidarité» abgeändert werden soll. Sind wir bald soweit, dass wir uns unseres Vaterlandes schämen müssten? Die Tabuisierung echter Werte ist ein gefährliches Spiel. Die Verschacherung der Heimat und Unabhängigkeit ruft nach der Abschaffung der Armee. Der Abbau der Souveränität und der moralischen Werte provoziert Terror und Amok. Die Überforcie-

rung der Globalisierung führt zum Verlust der Swissair.

Dass der Besitz eines eigenen Vaterlandes ein hohes Gut ist, wissen alle jene Völker zu schätzen, die nach voller Unabhängigkeit streben wie die baltischen Staaten, die Ukraine, Weissrussland, Osttimor u.a. Die Besetzung von Kirchen durch Namenlose erinnert ebenfalls an den Wert eigener Bürgerrechte. A propos Waadt: Solidarität ist kein Ersatz für Vaterland. Auch Terroristen und Verbrecherbanden handeln untereinander solidarisch.

Arnold Guillet, Stein am Rhein

Im Fach «Schuldenbremse» Note «ungenügend»

Die Gesamtverschuldung von Bund, Kantonen und Gemeinden betrug im vergangenen Jahr 210 Milliarden, was einem Pro-Kopf-Defizit von 30'000 Franken entspricht.

Man wird das Gefühl nicht los, dass die Regierung bei ihrem ständigen Drängen zum Beitritt in weitere internationale Organisationen wie UNO und EU dem Steuerzahler auf der Nase herumtanzt.

Aus Gründen einer fehlenden Finanzdisziplin hat die Bundesversammlung am 22. Juni dieses Jahres den Beschluss für eine «Schuldenbremse» gefasst, der sich nicht auf Schuldenabbau, sondern vorerst darauf beschränken soll, in Zukunft nicht mehr Geld auszugeben als einzunehmen, einer Formel, nach der sich in der Regel der Normalbürger richtet, will er mit dem

Gesetz nicht in Konflikt kommen. Eigentlich sollte man nun erwarten, dass alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben zurückgestellt würden. Irrtum, das Gegenteil ist der Fall. Die fatale Defizitwirtschaft wird fortgeführt! – Wenn vergleichsweise ein Familienvater die masslos angestiegenen Krankenkassenkosten kaum mehr verkraften kann, fällt es ihm nicht ein, noch einem Golf- oder Fitnessklub beizutreten. Deshalb frage ich mich, ob es nicht ein Gebot der Vernunft wäre, derzeit auf einen Voll-Beitritt zur UNO (auf Pump) zu verzichten, ein internationales Anhängsel, das allein 75 Millionen pro Jahr verschlingt. Wäre es nicht eher angebracht – bis einmal die Kasse wieder einigermaßen stimmt – auch aus dem bisherigen «Beobachterstatus» und den der

UNO zugehörigen Spezialorganisationen auszutreten? Ein solcher Schritt brächte dem Land immerhin 470 Millionen im Jahr zurück. Dass der Bundesrat noch immer das Dossier «EU-Beitritt» in der Schublade hat, was nach weiteren 3,7 Milliarden Kosten ruft, versteht der Bürger und Steuerzahler schon gar nicht mehr, will er doch den Nachkommen keinen nicht zu bewältigenden Schuldenberg hinterlassen. Dass uns im Lande, aber auch in Europa generell, allmählich das Geld ausgeht, hat auch damit zu tun, dass geschickte Ideologen es

in den 80er Jahren zustande brachten, einen angeblich lebensnotwendigen «ökologischen Umbau der Gesellschaft» einzuführen, der uns rückblickend und im Vergleich zu Amerika nur Ärger und Kosten gebracht hat. Übrigens, während ich diesen Brief schreibe, hat der Bundesrat eine weitere Milliarde für die in Turbulenzen geratene (private) Swissair bewilligt. Das alles läppert sich doch zusammen und wird der «Schuldenbremse», über die wir am 2. Dezember abzustimmen haben, nicht gerecht.

Albert Stocker, Riniken

Nichts unternommen

Immer wieder erhalte ich Einzahlungsscheine für Spenden an Sozialwerke (Blinde, Leprakranke, Celebralgelähmte).

Offenbar sind solche Werke auf kleine Spenden angewiesen. In letzter Zeit schockieren mich solche Briefe. Zur Hilfe an die katastrophale Lage der Swissair spielen Milliarden von Franken keine Rolle. Neuerdings will man auch die Kantone zur Beihilfe an dieses Fass ohne Boden anheuern, ob schon z.B. der Kanton Bern sieben Milliarden Schulden aufweist.

Die gleichen Herren, die das Image des Schweizerkreuzes erhalten wollen, bemühen sich, unsere demokratische Schweiz an die EU, UNO und Nato zu verkaufen, was wiederum Milliarden kosten würde. Die Expoleitung verlangt auch wieder einen Nachtrag von 80 Millionen.

Da streitet man seit langem dar-

über, wie die überschüssigen Goldreserven verwendet werden könnten. Seit Jahren wird diskutiert, wie die AHV und IV in Zukunft finanziert werden sollen. Wohnungsmieten und Krankenkassenprämien steigen fortwährend, für viele fast nicht mehr tragbar, womit wiederum die Sozialfürsorge belastet wird. Im Bundeshaus wird nichts unternommen! Aus Sparmassnahmen wurde die Armee bedenklich abgebaut oder soll überhaupt abgeschafft werden.

Wie lange gehts noch bis auch die SBB oder die Post die gleiche Rechnung wie die Swissair präsentieren? Offenbar gehts diesen Betrieben auch nicht gut. Stellenabbau, Schliessung von Bahnhöfen und Postbüros, horrend Preise für Paketpost, usw. usw. Umsomehr können sich die Betriebsmanager an Supergagen erfreuen!

H. Burri-Kocher, Ostermundigen

Den Frauen gewidmet

«Ohne Beruf», so stand es im Pass,
mir wurden bald die Augen nass,
ohne Beruf war da zu lesen,
und sie war doch das nützlichste Wesen.
Nur für andere zu sinnen und zu sorgen
war ihr Beruf vom frühen Morgen
bis in die Tiefe der kargen Nacht
nur für der Ihren Wohl bedacht.
Gattin, «Mutter» und Hausfrau zu sein,
schliesst das denn nicht alle Berufe ein?
als Koch von allen Lieblings Speisen,
als Packer, wenn es geht auf Reisen,
als Chirurg, wenn ein Dorn sich im Finger versplittert,
Schiedsmann bei Kämpfen erbost und erbittert.
Färber von alten Mänteln und Röcken,
Finanzgenie, wenn sich der Mantel soll strecken.
Als Lexikon, das sicher alles soll wissen,
als Flickfrau, wenn Strümpfe und Kleider zerrissen.
Als Märchenerzählerin ohne Ermüden.
Als Hüterin von des Hauses Frieden.
Als Pupp doktor, als Dekorateur,
Als Gärtner, Konditor, als Friseur.
Unzählige Titel könnt ich noch sagen,
doch soll sich der Drucker nicht länger plagen,
von Frauen, «die Gott zum Segen schuf»,
und das nennt die Welt dann «Ohne Beruf»!

Hp. Haas, Illighausen



La connerie n'a pas de frontière

La preuve du Gothard

La nouvelle tragédie du Tunnel du Gothard devrait mettre un peu de jugeotte dans la tête de tous ces messieurs dames qui se mettent en avant et se battent parfois à mort pour obtenir une place aux sommets de l'Etat, (exécutif, administratif, juridique, législatif et j'en passe). Catastrophes après catastrophes, celles impliquant les camions d'abord, quel est le responsable qu'il soit ministre ou président de sociétés, qu'il soit de gauche ou de droite, a-t-il suggéré une seule fois que pour éviter un embouteillage universel routier, il y aurait lieu d'organiser une conférence mondiale qui s'attaquerait aux fondements du problème actuel. Ces messieurs dames ont bien su organiser le WEF, l'OMC après le GATT, l'ATTAC et l'AMI, la LICRA ou le MRAP, sans compter toutes les grandes sociétés humanitaires, commerciales ou sanitaires alors pourquoi pas la mise sur pieds d'un organigramme socio-humanitaire pour la rénovation d'un concept d'économie planifiée protégeant les intérêts de tous, mais hélas! pas la santé de tous. Les fiascos de l'ex SDN et maintenant de l'ONU, devraient nous mettre la

puce à l'oreille.

La course à la croissance illimitée, l'amour de l'argent qui n'a pas d'odeur, les mafias sans cœur et sans cervelles égoïstement létales, l'illogisme incommensurable de farfelus mentalement dérangés, font de notre vie quotidienne un cauchemar. Ainsi pourquoi ne pas abattre le bétail à proximité des élevages, et distribuer la viande sur les marchés environnants? Pourquoi envoyer des yoghourts d'Allemagne en Grèce pour les retourner au producteur légèrement modifiés? Pourquoi trimballer des animaux vivants dans des vans alors qu'en les tuant sur place pour les envoyer par rail en paquets congelés, on éviterait souffrance et dangers sanitaires? Pourquoi importer du maïs des USA ou autres graminées, au lieu de consommer sur place sa propre production? Pourquoi importer des tomates ou des pommes qui concurrencent les fruits de pays? Pourquoi ne pas construire sur place des fabriques et usines qui pourraient fournir appareils et pièces de rechange de proximité? Ne parlons pas du transport des déchets radioactifs, des produits inflammables et autres dangers qu'avec un peu de savoir faire et de planification intelli-

gente, on pourrait éviter.

Il y aurait encore des centaines de questions de ce genre à poser, mais les mentalités devraient d'abord s'adapter à une politique du respect humain différente, ne gardant dans la pratique que ce qui serait impossible de changer. Cela diminuerait probablement de cinquante pour cent les nuisances et les risques de transports. Dans le temps les gens se contentaient de manger leurs propres fruits et légumes de saison; les agriculteurs resemèrent une partie de leurs récoltes; on ne connaissait ni la viande d'autruche, ni celle des bisons; on chauffait au bois produit sur place et on mangeait son propre pain.

Lorsqu'il y a eu des besoins en énergie, pourquoi n'a-t-on pas tout de suite pensé au solaire et au vent au lieu de guerroyer pour la possession de pipelines et de puits détériorant le paysage? Le Sahara fournirait un flux électrique moins polluant que le pétrole, les émirs du Golfe au lieu d'étouffer sous les dollars, pourraient faire reverdir leur propre environnement en conservant leurs tentes au lieu de construire des habitations monumentales qui n'apportent rien à l'humanité sauf l'esclavage des constructeurs. Quant aux paysans

et aux fromagers, ils vendraient leurs spécialités aux gens du pays et chacun se contenterait de la qualité et du goût de leur propre terroir.

Tant qu'on fera miroiter aux hommes des saveurs différentes, des modes supérieurs ou des gains mirifiques, il n'y aura pas de fin aux excès, aux destructions environnementales, aux désirs plus stupides les uns que les autres qui n'apportent que la ruine, le malheur et des souffrances très diverses.

Ce qui nous est tombé dessus le 11 septembre 2001 devrait faire réfléchir les planificateurs universels, et ceux qui reçoivent leurs ordres désordonnés à l'encontre du bien-être des populations mais certainement très organisés pour leurs propres intérêts. Resterons-nous longtemps des moutons passifs? Quand dirons-nous que nous préférons les produits de proximité, des routes aériées, des tunnels sûrs? La meilleure preuve à ces divagations, c'est le fait que le tunnel du Gothard n'a provoqué aucune catastrophe depuis sa construction tant que les exigences internationales des peuples n'ont pas dépassé la mesure du correctement humain. Mais c'était un autre temps! *Mary Meissner, Vernier*

En parcourant la presse



ONU – mon beau théâtre

Il est intéressant de relever les incongruités qui émaillent notre presse romande. La plus grosse énormité (excusez le pléonasme) que je relève dans la Tribune de ce lundi 29. octobre, c'est le titre ronflant concernant la nouvelle propagande tous azimuts pour l'entrée de la Suisse à l'ONU, en l'occurrence la visite de «**Plus de 15'000 personnes qui découvrent l'activité des Nations Unies à Genève.**»

Notez bien qu'en allant visiter des locaux dans lesquels chantent des marionnettes ravissantes et de rose vêtues qui ressemblent à des danseuses de cafconc, c'est le bon chemin pour faire vivre vraiment la réalité des misères et problèmes de ce monde! Le journal l'a d'ailleurs compris en sous titrant une photo révélatrice: «Comédiens. Un spectacle ludique dans les murs du grand théâtre de l'humanité» Par contre sous les photos du Palais des Nations et de la grande salle de conférence, on peut lire: «**Visites: Grands et petits ont apprécié le parc et la grande salle. Il n'y a pas d'âge pour s'intéresser au sort de la planète.**» Le journaliste facétieux qui a écrit ce commentaire voulait-il souligner l'intérêt véritable d'une foule dominicale aux problèmes de ce monde qui s'inscrivent chez nous dans un parc et des fauteuils confortables? Il est permis d'en douter et donc de douter d'une entrée positivement satisfaisante

de notre pays dans les parcs de la société de 189 nations.

Le problème des TAGS

Genève se débat inutilement et coûteusement contre des tagueurs invisibles. Il paraît que ces artistes vulgaires qui se spécialisent souvent dans des insultes racistes, s'amusent nuitamment à décorer les murs des édifices publics y compris les écoles naturellement, des églises et dernièrement des maisons particulières. M. Lamprecht responsable de la bonne image de la ville a reçu plus de 2.5 millions de francs pour le nettoyage systématique de ces tags. Se cramponnant au mot nettoyage, monsieur Lamprecht ne s'est pas posé la question de savoir s'il était judicieux de payer des maisons spécialisées déversant des tonnes de détergeant sur des murs qui, bien lavés et propres, invitent immanquablement à la récurrence!

Si ces millions étaient employés à résoudre le problème d'une autre manière? N'étant pas spécialiste de ces questions techniques, je propose donc quelques solutions:

a) des vigiles de nuit munis d'appareils photos, b) mettre une peinture émaillée et lisse anti peinture aux endroits les plus vulnérables, c) pose de soubassements en fil de fer barbelé, d) pose de grillages protecteurs aux endroits sensibles, ce qui ne serait pas plus laid mais plus propre que les tags, e) une loi obligeant de crépir grossièrement les façades, ou la pose de moellons comme aux Etats Unis et au Canada.

Les tags sont une honte pour notre pays touristique dit civilisé et une urgence maintenant que ces voyous zonards s'attaquent aux propriétés privées. Pour tous les locataires impuissants qui subissent des attaques visuelles nauséabondes, il est indécent d'utiliser leurs impôts pour payer des mesures inefficaces. *Octopus*

Le temps des procédures

Après les Etats Unis, Israël et l'Union Européenne, voilà l'Afrique du Sud qui actionne les procédures judiciaires contre notre petit pays. Désidément, quel est ce destin malheureux qui nous poursuit des lustres plus tard, pour des délits souvent imaginaires, ce qui ressemble à un retour de balancier mal ciblé puisque nous n'avons jamais eu de colonies. En effet, ne dit-on pas que l'argent n'a pas d'odeur? Celui planqué en Suisse prendrait-il les senteurs de nos fromages? Ou de notre recette chocolatière? Ou encore aurait-il emprunté le tic-tac de nos montres?

Parce qu'en auscultant les environs, on voit que nous sommes le seul pays à avoir laissé à disposition l'argent dormant sur des comptes qui peut être réclamé jusqu'à la fin des temps, au lieu d'avoir édicté des lois, comme l'on fait nos voisins, de faire bénéficier l'Etat de tous les soldes en souffrance. Nos autorités au lieu de rester fermes sur leurs positions enregistrées positives par la communauté internationale, ont baissé pavillon et se sont vendues pour la deuxième fois au grand capital menaçant qui était à travers des procédés juridiques inconnus jusqu'alors.

Notre parti avait dès l'abord annoncé qu'en capitulant de la sorte,

nous allions ouvrir la boîte de Pandore, eh! bien! c'est arrivé. Les Sud Africains de la nouvelle génération n'ayant en mains que des rapports oralement transmis à la mode africaine sur un soi-disant commerce «illicite» de gaz et de bombes subventionné par les Afrikaners de Prétoria, profitent des faramineux résultats acquis par le Congrès Juif Mondial, pour, à leur tour, envoyer leur meute à l'hallali! Serons-nous encore une fois le cerf qui fuit? Nos autorités ne se sentent-elles pas assez fortes et sûres d'elles, même pour se retourner comme un ours

et montrer les dents? Quand donc une transaction privée ou étatique est-elle illicite?

Dans ce cas pourquoi les autres pays d'Afrique ne s'attaquent-ils pas à leurs colonisateurs, l'Inde en première ligne, pour réclamer des dommages et intérêts à leurs anciens occupants qui trafiquaient les objets d'art et les armes? Pourquoi la Corée, le Vietnam et le Laos ne poursuivent-ils pas en justice les fabricants de mines antipersonnel qui les ont vendues à leurs prédecesseurs?

Combien de temps devons-nous,

L'ONU, Palais des glaces

Un palais des glaces présente une série de miroirs, concaves et convexes composant un cadre où l'espace d'un instant la réalité est dépassée par l'absurde. David A. Harris, directeur du comité juif américain, délégué au Palais des Nations, critique l'ONU qui ressemble, selon lui, à un Palais des glaces où règne la confusion la plus totale entre réalité et absurdité, où la vérité et l'équité sont inversées, où le mot tolérance doit se tradui-

re, lorsque cela arrange certains délégués, par intolérance. La conférence de Durban est la meilleure preuve de l'incapacité générale de cet organisme qui devient de plus en plus incontrôlable et tordu. Et c'est dans ce «machin» que notre ministre des Affaires étrangères Joseph Deiss, veut nous faire entrer à tout prix, et qu'il parcourt le pays comme conférencier devant moult cercles d'industriels, de politiciens et même de religieux.

L'occident laïc et chrétien se fait harakiri

L'Islam gagne sur tous les tableaux

Croyez-vous vraiment qu'il s'agit d'une fatalité si Swissair qui se portait si bien jusqu'à hier, se trouve aujourd'hui décapitée? Rappelez-vous que les Saoudiens ont exigé à plusieurs reprises, que l'on masquât notre emblème rouge à croix blanche sur l'empennage de nos avions. Donc, il s'agirait d'une fatwa islamique qui exige l'application de la charia pour les infidèles qui osent défier Allah! Depuis des décennies l'emblème chrétien des avions Swissair survolant et se posant dans les déserts musulmans sacrés, agressait les fous de Dieu. Mais ce n'est qu'une partie des raisons qui ont déclenché la terreur en Occident. L'attaque des tours de Manhattan, minutieusement planifiée de longue date, n'a préfiguré que d'une semaine la déconfiture de Swissair. Très vite et presque en même temps, comme des dominos, les problèmes liés aux autres compagnies d'aviation dans le monde ont entraîné une péjoration financière chez les sous traitants, des remous dans les bourses, une diminution de la consommation, du tou-



risme, de l'hôtellerie, etc. Le pire s'inscrit dans le changement d'atmosphère mondiale qui diffuse une vague angoisse et un refus d'expansion dans cet environnement déstabilisé

Pour couronner le tout, la psychose de l'anthrax s'est installée vicieusement et subprecitement dans la population, propagée par les médias qui font des scoops à bon compte, sans se soucier de la responsabilité qu'ils prennent à contribuer à la dégradation d'une conjoncture fragilisée. Les médias peuvent être eux aussi considérés comme des terroristes d'un nouveau genre. Non seulement ils diffusent des

faits avérés, mais ils expliquent la façon de procéder pour semer la terreur en envoyant dans des enveloppes anonymes des pincées de farine.

Je profite de cette occasion pour accuser nos autorités suisses de recommencer leurs simagrées qui nous incitent à entrer à l'ONU prenant pour prétexte les événements récents. Sont-elles donc si aveugles pour enfin réfléchir au fait que notre pays en gardant sa neutralité et en décidant de rester en marge, évite le risque d'être entraîné dans la tourmente qui se prépare.

Une autre conception des choses, de la monnaie, de la liberté et d'une certaine obéissance à une éthique helvétique qui n'est pas celle des foudres de guerre, protégera peut-être pour quelque temps encore, notre patrie. Résistons à la psychose terroriste dont les auteurs doivent bien rire, car ils ont réussi leur coup si magistralement organisé. Ne nous faisons pas harakiri, comme ils l'espèrent.

Mary Meissner, Vernier

nous, nous battre coûteusement contre les fantômes du passé et qu'attendons-nous pour revendiquer une justice équitable pour tous les criminels internationaux avérés? Demandons aux grands procéduriers de faire, eux, la preuve de notre culpabilité! Qu'ils instaurent leurs commissions sur leur territoire et à leurs frais!

Au nom du peuple suisse, je revendique le droit de ne pas être responsable des délits éventuels qu'on reproche à mes ancêtres, et cela jusqu'à ce que les génocidaires de toutes sortes sur cette planète aient été jusé et reconnus coupables.

Maria de Seimners, Genève

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
 Démocrates Suisses,
 Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses 

Secrétariat central:
 Case postale 8116
 3001 Berne
 Tél. 031 - 974 20 10
 Fax 031 - 974 20 11
 Internet:
 www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
 Démocrate Suisse
 Case postale 8116
 3001 Berne
 Tél. 031 - 974 20 10
 Fax 031 - 974 20 11
 E-Mail:
 sd-ds@bluewin.ch

Ouvrons les yeux, les votations arrivent

Espérons que parmi le flot de nouvelles qui se déverse devant nos yeux dans nos oreilles, jour après jour, toutes semblables dans leur horreur mais aussi dans leur incongruité, surtout depuis le 11 septembre, la logique tiendra bon et nous aidera à continuer à vivre normalement, la tête froide...

Mais on est forcé de constater que cette façon de concevoir notre avenir laisse à désirer, vu ce qui se passe sur le plan international. D'abord il y a ce rapprochement clair et net entre l'Amérique et la Russie, sous-tendant un possible rapprochement pour une intégration à l'OTAN appelée à se redéfinir, ce qui était impensable il y a quelques mois. Le soutien tacite de la Chine à la stratégie américaine, la reconstitution, donc la consolidation d'une proximité anglo-saxonne renforcée comprenant la

Grande Bretagne, les Etats Unis, le Canada, l'Australie et la Nouvelle Zélande, font face à la faiblesse militaire stratégique d'une Union européenne en position de quasi hors-jeu politique.

En Suisse où la tuerie de Zoug, la déconfiture de Swissair, et l'incendie dans le tunnel du Gothard destablissent nos convictions patriotiques en bousculant nos idées helvétiques bien établies, il faut constater que l'attitude de nos autorités prêter à confusion, car on dirait qu'elles capitulent devant une coalition mondiale plutôt mal embouchée. Le Conseil fédéral met au goût du jour des votations pour l'entrée à l'ONU, donc indirectement à l'OTAN, et une soumission aux ukases de l'UE, elle même affaiblie comme on l'a vu plus haut et titubant sur une perte de confiance générale.

Il ne faut par conséquent pas croire aux appels des sirènes de tout bord qui promettent la paix dans l'union, puisque leur véritable but est l'argent. Elles ont vu la facilité avec laquelle les Suisse ont payé des sommes faramineuses pour des comptes en deshérence, sous de simples menaces de rétorsion, elles s'aperçoivent que des milliards viennent renflouer la compagnie aérienne nationale, alors pourquoi ne pas l'embrigader définitivement pour verser régulièrement des cotisations monstrueuses en remplacement des défections de plusieurs mauvais payeurs, surtout le membre le plus important, les Etats Unis qui dilapident leurs billions dans des guerres insensées et non productives.

En tous cas, il faut que la Suisse reste isolée au milieu de cet océan de folies qui ravagent la France par

des grèves itératives, l'Allemagne par le retour des communistes en force au parlement, de l'Angleterre pourrie par des islamistes qui peuvent hurler leurs slogans dans les squares de Londres et autres grandes villes, et l'Italie se débattant au milieu des injustices de sa justice. Les citoyens du monde qui savent ouvrir les yeux auront besoin d'une île où venir se ressourcer, se soigner et se reposer. Notre neutralité doit rester le bastion qui nous a aidé à surnager et à survivre jusqu'à présent, et malgré les coups du sort et les coups de boutoir qui visent nos banques, il faut que nous restions forts et déterminés, en votant NON à l'ONU et NON à l'UE, c'est notre seule protection et sauvegarde pour ne pas être engloutis dans le marasme mondial généralisé.

Mary Meissner, Vernier

Cassandra avait raison

Combien de fois n'avons-nous pas dénoncé dans ces colonnes l'attitude dangereuse de nos caisses de pensions et spécialement des spéculations boursières honteuses de notre AVS. Je dis bien honteuses, car il s'agit de notre argent et les quelques types qui dirigent cette institution se croient au-dessus de toute coopération avec leurs assurés en jouant au jeu de l'avion sans nous demander notre avis. Nous avons écrit quelques articles concernant de probables cracks boursiers, une sorte de mise en garde dont la plupart de ces boursicotiers n'ont pas tenu compte, car nous avons eu le culot de nous mêler de ce qui ne nous regarde pas.

Pas plus tard qu'aujourd'hui on peut lire dans la presse: «Les caisses de pensions subissent de plein fouet la déprime boursière. Le plongeon de quelque 30% des principales places financières conjugué à la débâcle de Swissair contraindra certaines caisses de pensions à s'assainir!» Et qu'est-ce que cela veut dire en bon français?

Ajoutons à ce triste bilan la deuxième constatation qui vient confirmer nos craintes: «Pertes comptables pour l'AVS: Le Fonds de compensation AVS enregistre des pertes suite à la chute des marchés boursiers» (ce que nous avions prévu). La cerise sur ce gâteau branlant, c'est le commentaire d'Ulrich Grete, président du Conseil d'administration de l'AVS qui affirme sans rire que «ces résultats sont désagréables (!) mais pour l'heure nous ne modifions pas notre stratégie.» Il agit exactement de la même façon que tous ces présidents de conseils d'administrations tels l'Office des Poursuites de

Genève en pleine déconfiture pénale, de Swissair qu'il est superflu de décrire, de la Banque Cantonale Genevoise qui a prêté sans discernement des sommes pharamineuses à des malfrats en col blanc, etc. Actuellement l'AVS n'a plus de réserves pour fluctuations de change, le fond ayant commencé trop tard à investir 25% de notre fortune. Alors Dominique Salamin le gestionnaire génial prévoit, pour améliorer un déficit de 1.8 milliard en titres étrangers et 2.5 milliards de francs en actions suisses, d'augmenter à 40% de placement en actions diverses, notre fortune. Qu'en dites vous? Sans compter les 30'000 actions de Swissair détenues pour la somme de fr. 6.- l'une. Monsieur Salamin conclut d'un air satisfait qu'il n'y a pas lieu de s'affoler, car pour l'AVS il n'est pas nécessaire, comme pour les caisses de pension, d'avoir un rendement de 4% annuel sur la fortune.

Ces renseignements sont donnés en pâture au public, mais il y a un mensonge caché vu l'énormité du trou financier qui sera découvert trop tard comme pour Swissair et autres scandales suisses, c'est la perte de 8 milliards que nous avons dénoncée il y a déjà 4 ans et qui n'a pas encore été remboursée vu la gymnastique rusée employée maintenant pour mettre la faute sur les événements du 11 septembre et la déconfiture de Swissair. On dirait que ces présidents nommés à ces postes de responsabilité par cooptation amicale, adorent jouer à la spéculation boursière qui offre les mêmes montées d'adrénaline que les tables de poker au casino.

Maria de Seimners, Genève

Retour de manivelle

Nous sommes soumis aujourd'hui à un tel matraquage de nouvelles plus catastrophiques les unes que les autres, qu'il est nécessaire pour notre équilibre mental, de faire le point en se calfeutrant dans son coin sans journaux, radio ou télévision. Si nous ressentons les contrecoups de tout ce qui arrive en même temps sur notre planète, la meilleure façon de résister à une panique psychique est la sélection, car tout ne nous touche pas de près et le slogan: «Cela n'arrive qu'aux autres» est la meilleure réponse à nos angoisses.

Evidemment, le drame des tours WTC de Washington reste à ce jour le traumatisme le plus violent parce que le monde entier a été dûment arrosé des images choquantes d'avions suicide avec des commentaires en boucle qui n'en finissaient plus. Si des millions de gens souhaitaient ouvertement ou par devers soi un retour de manivelle pour une fois au cœur des Etats Unis vu leur politique arrogante de régisseurs universels, ils se sont rendu compte, devant la tragédie qui concrétisait leurs vœux secrets, qu'entre une envie de revanche et un fait accompli, il y avait les sentiments humains difficiles à juguler. Ceux qui affirment que rien ne sera plus comme avant depuis ce fatal 11 septembre, ont raison. Une brèche s'est ouverte plus grande que la destruction du mur de Berlin et plus monstrueuse que les bombes atomiques sur Hiroshima et Nagasaki.

La différence se trouve dans le fait que cela se passe sur un fond de bouleversement mondial de migrations monstrueuses entachées de questions religieuses, extrêmement

dangereuses au vu des événements passés. Pour ce chapitre, examinons d'abord la situation américaine qui reçoit de plein fouet un boomerang qui n'attendait qu'une occasion de se manifester. Ainsi qui habite aux Etats Unis? Des Européens qui ont envahi des territoires appartenant aux Incas et aux Indiens que l'Histoire a appelé et continue à appeler des pionniers et des chercheurs d'or. Aujourd'hui chez nous, les hordes de réfugiés et de clandestins sont appelées des migrants, des personnes déplacées et des sans papiers. Les premiers ont tué et volé des terres pour s'installer comme chez eux, les seconds, tout aussi décidés à prendre leur revanche pour avoir été colonisés, se nourrissent du savoir faire et de l'humanisme marxiste des droits de l'homme, phagocytant des victimes consentantes qui ne veulent pas voir qu'elles protègent dans leur sein leurs futurs dictateurs. La traite des Noirs aux USA ne brosse-t-elle pas un tableau convaincant?

De toutes façons nous sommes nés sous le cycle infernal de l'histoire de notre planète. Il y aura toujours des Genkhis Kan, des Christophe Colomb, et des astronautes pour ouvrir des voies vers des contrées lointaines, afin d'offrir un espace vital aux plus audacieux et aux plus forts.

Si les descendants des pionniers paient maintenant le prix fort incluant la psychose d'attentats terroristes indécélables au premier abord, ce n'est qu'une phase implacable de la roue du destin qui chante: «Un prêté pour un rendu» incrit sur un boomerang.

Maria de Seimners, Bruxelles

Bundesrat Deiss missbraucht Steuergelder!



Willy
Schmidhauser,
Präsident der
SD Thurgau,
Dettighofen

Demokratie mit Füssen getreten – Departement als «UNO-Werbebüro»:

Das Departement von Bundesrat Joseph Deiss muss das Volk informieren über die angestrebte UNO-Vorlage (Abstimmung: 3. März 2002). Über 400 teure Kommunikations-Experten arbeiten im Dienste des Bundes oder besser gesagt, für den Bundesrat und seine Projekte. Natürlich bezahlen wir auch diese Löhne mit unseren Steuerfranken. Experten haben nun für einen UNO-Beitritt eine Palette von Schriften, Broschüren, Plakaten, Heften, Info-Blättern, Folien und fixfertigen Referaten geschaffen! Sie können bei der «EDA-Sektion UNO, Bundesgasse 28, 3003 Bern»

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

(Fax: 031 - 324 90 65), gratis bezogen werden. Gemäss Liste gibt es allein auf deutsch 18 verschiedene Bestell-Positionen. Auf französisch gibt es ebenfalls deren 18, auf italienisch deren 16, auf rätoromanisch deren 2 und auf englisch deren 6. Alles in allem können über 60 verschiedene Positionen im Departement in Bern gratis und franko bezogen werden!

Hochglanz und teure Vierfarben-Produkte!

Wer glaubt, das seien aufwand- und kostenmässig einfache Schwarzweiss-Drucke auf zeitungähnlichem Papier täuscht sich gewaltig! Vieles ist vierfarbig auf Hochglanzpapier und Format A4. Ein eher dünnes Heft «Die Neutralität der Schweiz» hat 20 Seiten, «Die Schweiz und die UNO» mit Bundesrat Deiss hat 56 Seiten, das Heft «Die Schweiz und die UNO» hat 64 Seiten, das Politorbis April 2001 (Sonderausgabe UNO) hat 80 Seiten und das DEZA-Magazin Nr. 3 «Eine Welt» vom September 2000 hat 36 Seiten – dazu eine A5-Beilage mit weiteren 44 Seiten und so weiter und so fort.

Der nüchterne Betrachter muss sich die Frage stellen: Wozu dieser gewaltige, einseitige Aufwand für eine bundesrätliche Pro-Werbung? Das hat doch mit Information überhaupt gar nichts zu tun! Das ist eine UNO-Werbekampagne, um das Volk mit seinen eigenen



Steuerfranken umzuerziehen. Ohne nun auf klare bis skandalöse Pro-Inhalte und Aussagen einzugehen, sei jeder senkrechte Demokrat gefragt: Wie sollen der Kontrasteite die «gleich langen Spiesse» garantiert und ermöglicht werden? Wie bitte, Herr Bundesrat Deiss?

Gleiche Rechte und Möglichkeiten für UNO-Gegner?

Können Gegner eines UNO-Beitrittes ebenfalls Kommunikations-Experten, die Administration des Deiss-Departementes und Steuergelder in gleicher Höhe in Anspruch nehmen? Wie in aller Welt soll nur schon der zeitliche Verzug ausgebügelt werden? Es gälte doch, alle die in 60 Positionen und verschiedenen Sprachen gemachten Aussagen zu analysieren, sie zu beantworten und dem Stimmbürger vorzulegen. Die Frage ist berechtigt: Ist die Schweiz eine Demokratie oder hat die Mafia uns längst eingeholt?

Auch die Medien sind leider agierende (Pro-UNO-)Partei!

Die Zeitspanne bis zur Abstimmung am 3. März 2002 ist also **viel zu kurz**. Kommt dazu, dass **viele Medien total Pro-UNO agieren**, allen voran DRS Radio und Fernsehen. Auch das ist ein Skandal, ein Missbrauch demokratischer Einrichtungen und unserer Steuergelder! Selbst wenn die PRO-Aussagen von Spezialisten durchleuchtet werden könnten, geht es in der Demokratie darum, Antworten darauf zu formulieren, diese zu ordnen, zu drucken und unters Volk zu bringen. Dort muss damit diskutiert werden können. **Pro und Kontra müssen verglichen werden, in Diskussionsrunden muss abgewogen werden! Ist dieser demokratische Prozess sichergestellt, darf ein Abstimmungstermin fixiert werden!** Wenn die UNO-Werbung des Bundesrates mit Steuerfranken bezahlt wird, müssten auch die Argumente der Opposition mit Steuergeldern bezahlt werden können. **Sicher ist, die Zeit reicht kaum, um gleich lange Spiesse und eine «freie Meinungsbildung gemäss BV § 16 zu garantieren!» Es liegt auf der Hand, die ganze UNO-Volksbefragung ist eine Machenschaft gegen unser Volk, anders kann dies nicht bezeichnet werden!** Weh tut der Umstand, dass der Betrug durch unsere eigenen Volksvertreter eingefädelt und abgesegnet wurde und wird.

Anzeige